WAHL WEISE ’21



Eine Handreichung
des Kolpingwerkes
Deutschland zur
Bundestagswahl ’21

Kolping

Kolpingwerk
Deutschland

Inhalt

Vorwort **2**

Einleitung **4**

Aktuelle Themen zur Bundestagswahl



Alterssicherung **6**

Soziale Sicherung in der Corona-Pandemie 7

Alterssicherung im demografischen Wandel 8

Moderne Arbeitswelt ohne Altersarmut 9

Alterssicherung aus Sicht der Kolpingjugend 10



Familienpolitik **12**

Familienrecht 13

Kindergrundsicherung 13

Vereinbarkeit von Sorgearbeit, Ehrenamt und Erwerbsarbeit 14

Familienpolitik aus Sicht der Kolpingjugend 15

WAHL WEISE ’21

Eine Handreichung
des Kolpingwerkes
Deutschland zur
Bundestagswahl ’21



Ausbildung 16

Rückgang des Ausbildungsbildungsangebots und Stärkung der Tarifpartnerschaft 17
Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung 17
Benachteiligte junge Menschen in der Ausbildung fördern 18
Ausbildung aus Sicht der Kolpingjugend 20



Klimaschutz 22

Soziale Frage 23
Mobilität und Infrastruktur 24
Internationale Zusammenarbeit 25
Klimaschutz aus Sicht der Kolpingjugend 26



Gesellschaftlicher Zusammenhalt 28

Gesellschaft und Gerechtigkeit 29
Ehrenamt 30
Rassismus, Antisemitismus, Integration 31
Gesellschaftlicher Zusammenhalt aus Sicht der Kolpingjugend 32

Methodische Anregungen für Veranstaltungen 34
Aktionen und Veranstaltungen des Kolpingwerkes Deutschland 39
Stellungnahmen 44
Veröffentlichungen des Kolpingwerkes Deutschland 48
Das alles ist Kolping 54
Kolping in 12 Sätzen 55

Vorwort

Liebe Kolpingschwestern, liebe Kolpingbrüder, liebe Engagierte im Kolpingwerk,

am 26. September 2021 finden die Wahlen zum 20. Deutschen Bundestag statt. Der Wahlkampf wird unter außergewöhnlichen Bedingungen stattfinden und besonders von den Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt sein. Gerade deshalb ermuntern wir dazu, sich mit politisch wichtigen Fragestellungen auseinanderzusetzen – in den Kolpingsfamilien vor Ort, aber auch auf überörtlicher Ebene und im Gespräch mit Kandidierenden für den Deutschen Bundestag. Die vorliegende Handreichung bietet dazu eine inhaltliche Orientierung und soll dazu ermutigen, mit Kandidierenden und Abgeordneten – soweit möglich – in den Austausch zu kommen.

Köln, im März 2021

Während diese Handreichung entsteht, ist das soziale Leben in Deutschland nahezu zum Stillstand gekommen. Kontaktbeschränkungen, Absage aller öffentlichen Veranstaltungen, leergefegte Dörfer und Innenstädte – all dies wäre vor einem Jahr undenkbar gewesen. Die Tagespolitik ist geprägt von Nachrichten zum Impfstoff, zu Mutationen und der Lage auf den Intensivstationen. Die Folgen der Corona-Pandemie werden noch lange spürbar sein – auch politisch.

„Verantwortlich leben, solidarisch handeln“ – diese Überschrift trägt unser Leitbild, die Programmatik unseres Verbandes und ist aktuell, mehr denn je, ein leitendes Motto. Die Pandemie zeigt uns eindringlich auf, dass wir aufeinander angewiesen sind und verschärft gesellschaftliche Herausforderungen und Umbrüche. In diesem „Superwahljahr 2021“ – neben dem Bundestag sind neue Landesparlamente in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zu wählen – werden wichtige Weichen für die Zukunft gestellt.

Als generationenübergreifender katholischer Sozialverband legen wir einen der Schwerpunkte auf die Frage der Generationengerechtigkeit. Bewusst stellt deshalb die Kolpingjugend ihre Positionierungen zu Themen wie Klima und Nachhaltigkeit, gesellschaftlichem Zusammenhalt und der Alterssicherung vor – denn die politischen Entscheidungen von heute prägen entscheidend die Lebensrealität von morgen. Es ist deshalb ein Anliegen der Bundesleitung der Kolpingjugend, dass generationsübergreifend Themen, die junge Menschen und ihre Zukunft betreffen, diskutiert werden.

Wir wollen uns mit unseren Wertvorstellungen einbringen und die notwendigen Veränderungen in unserer Gesellschaft mitgestalten. Orientierung für ein dem Gemeinwohl und der Nachhaltigkeit verpflichtetes Handeln sind dabei zugleich die Prinzipien der katholischen Soziallehre, Personalität, Subsidiarität und Solidarität. Als Mitglieder eines katholischen Sozialverbandes haben wir – ganz im Sinne Adolph Kolpings – den Auftrag, diese Welt, die Gesellschaft und die Politik mitzugestalten. Bewusst ermutigen wir deshalb im Leitbild unsere Mitglieder zu einem Engagement in demokratischen Parteien und in Parlamenten, unterstützen und fördern dies.

Mitglieder des Kolpingwerkes übernehmen Verantwortung in Gesellschaft und Politik – so sind beispielsweise mehr als 40 Kolpingmitglieder Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Diese sind in unseren regelmäßigen „MdB-Runden“ in einen fachlichen Austausch eingebunden. Daneben ermöglicht die „Jugendpolitische Praxiswoche“ der Kolpingjugend jungen Erwachsenen jährlich, Politik hautnah im Deutschen Bundestag mitzuerleben.

WAHLWEISE ’21

Das Kolpingwerk Deutschland unterstützt Aktivitäten zur Begleitung der Bundestagswahl 2021 sowohl inhaltlich als auch mit methodischen Anregungen. In dieser Handreichung präsentieren wir unter anderem, wie sich – trotz des ungewohnten Formats – Veranstaltungen durchführen lassen können. Zudem bieten wir mit dem Format „wahlweise ’21 – digital bei Kolping“ einen interaktiven Diskurs mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an. Erste Auftaktformate finden mit der Bundesbildungsministerin Anja Karliczek bereits im Rahmen der Bundeskonferenz der Kolpingjugend am 6. März 2021 und mit dem Präsidenten des Zentralrates der Juden, Dr. Josef Schuster, bei den Kölner Gesprächen am 13. März 2021 statt. Auch zum Josefstag am 19. März sowie zum Josefschutzfest im Mai wird es besondere Aktionen geben. Mehr Informationen dazu gibt es auf *www.kolping.de*, in unseren sozialen Medien oder im wöchentlichen Newsletter des Kolpingwerkes Deutschland.

Das Kolpingwerk Deutschland steht mit seinen politischen Positionen und Forderungen auf dem Boden der christlichen Gesellschaftslehre. Wir geben keine Wahlempfehlung für eine bestimmte Partei ab, sondern wollen mit allen demokratischen Kräften ins Gespräch kommen.

Wahlen sind die grundlegendste Form politischer Beteiligung und Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Deshalb rufen wir dazu auf, in diesem ganz besonderen Wahljahr vom Wahlrecht Gebrauch zu machen!

Herzlich danken wir den Fachreferentinnen und Fachreferenten für die sorgfältige Erstellung dieser Handreichung. Alexander Suchomsky, Referent für Arbeitswelt und Soziales im Bundessekretariat, oblag die redaktionelle Verantwortung für diese Handreichung – ihm sei dafür besonders gedankt. So wünschen wir eine interessante und inspirierende Lektüre, freuen uns über eine rege Nutzung und hoffen zugleich, dass sie Anregung zur Durchführung von Veranstaltungen gibt!

Freundliche Kolpinggrüße aus dem Bundessekretariat in Köln

Ulrich Vollmer,
Bundessekretär

Elisabeth Adolf,
Bundesjugendsekretärin

Einleitung

In diesem Jahr findet die Bundestagswahl in bewegten Zeiten statt. Nach wie vor stehen wir unter dem Eindruck der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden Beschränkungen, Veränderungen und Debatten.

Doch auch die Art der Auseinandersetzung im Wahlkampf wird davon betroffen sein: Sicherlich findet ein Großteil der Veranstaltungen im digitalen Format statt. Auch das Kolpingwerk Deutschland wird mit einem solchen digitalen Format die Bundestagswahl im Vorfeld begleiten.

Im Mai des vergangenen Jahres hat sich der Bundesvorstand zum gesellschaftlichen Umgang mit dem ersten „Lockdown“ geäußert. In der Erklärung mit dem Titel „Verantwortung und Solidarität statt Egoismus und Spaltung“ heißt es:

> ***„Dass die politischen Entscheidungen der vergangenen Wochen kritisch begleitet wurden und weiterhin kritisch hinterfragt werden, ist gut. Eine solche Debatte zwischen Regierung und Opposition sowie zwischen Bürgerinnen und Bürgern ist wünschenswert und Kennzeichen einer lebendigen Demokratie. Sie fußt auf den unteilbaren Grundrechten und damit auch auf dem Recht der freien Meinungsäußerung [1].“***

In diesem Sinne rufen wir unsere Mitglieder dazu auf, hinzuhören, mit den demokratischen Kräften ins Gespräch zu kommen, zu diskutieren und somit Mitverantwortung für die politische Zukunftsgestaltung zu übernehmen.

[1] Die Erklärung steht zum Download bereit unter: *https://www.kolping.de/presse-medien/news/erklaerungen/pressemitteilung-details/news/verantwortung-und-solidaritaet-statt-egoismus-und-spaltung-1/*

Warum wählen?

Sich einbringen, mitdiskutieren und mitgestalten: Das zeichnet die Mitglieder unseres Verbandes und uns als Kolpingwerk Deutschland aus. Letztlich liegt hierin auch die Antwort auf die Frage begründet, weshalb man wählen gehen soll: Die eigene Stimme abzugeben, bedeutet letztlich, Entscheidungen zu treffen, die die Zukunft unseres Landes beeinflussen. Häufig geht es dabei auch um gesellschaftliche Themen, die uns als Verband ein besonderes Anliegen sind. Dies sind etwa Generationengerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt, um nur einige zu nennen.

In der Wahrnehmung des Wahlrechts artikuliert sich politische Mitgestaltung. Ein Rückzug aus der Verantwortung durch Nichtwählen oder Protestwahl kann keine Alternative sein. Nur wer sich konstruktiv einbringt, kann die Zukunft unserer Gesellschaft mitgestalten!

WAHLWEISE ’21

Woran orientieren wir uns?

In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Welche Maßstäbe gelten bei der Regelung öffentlicher Angelegenheiten? Wir greifen bei der Beantwortung dieser Fragen auf klare Orientierungsgrundlagen zurück. Diese sind in unserem Leitbild beschrieben und in den Prinzipien der katholischen Soziallehre begründet: Solidarität, Subsidiarität und Personalität, ergänzt durch das Kriterium der Nachhaltigkeit und die Ausrichtung am Gemeinwohl. Sie sind unser Maßstab für politische Entscheidungen.

In unserem Leitbild (Ziffer 54) bekennen wir uns ausdrücklich zur Förderung des Engagements in demokratischen Parteien. Zudem können viele der im Leitbild formulierten Prämissen Richtschnur bei der Bewertung politischer Initiativen sein. Dazu gehören unter anderem: Gemeinsames Handeln der Generationen, die Ermöglichung persönlicher und beruflicher Bildung sowie gute Rahmenbedingungen für Teilhabe und gesellschaftliches Engagement.



Bundestagswahlkampf im Jahr der „Zeitenwende“

Unter dem Titel „Zeitenwende“ hat sich der Bundesvorstand mit einem dringenden Appell zu Wort gemeldet [2]. Festgestellt wird, dass die Corona-Pandemie einen epochalen Einschnitt darstellt, der eines tiefgreifenden Umdenkens und mutigen Handelns bedarf, um eine Zeitenwende herbeizuführen. Unter diesem Eindruck wird auch die Bundestagswahl stehen. Wie unter einem Brennglas hat die Pandemie Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre noch deutlicher zu Tage treten lassen.

Der Bundestagswahlkampf wird inhaltlich stark davon geprägt sein, wie wir unser Land „zukunftsfest“ machen können. Dies gilt umfassend für alle Politikfelder, von denen wir im Folgenden einige aufgreifen und beispielhaft grundlegende Fragestellungen aufzeigen möchten.

Kolpingsfamilien können sich in unterschiedlichen Formaten mit diesen inhaltlichen Fragen beschäftigen. Wir möchten dazu anregen, sich mit einigen wesentlichen Themen und den möglichen Lösungsansätzen der unterschiedlichen Parteien auseinanderzusetzen. Auch möchten wir aufzeigen, wie sich das Kolpingwerk Deutschland sowie die Kolpingjugend zu diesen Themen positionieren. Die Positionen, die sich jeweils am Ende eines Politikfelds befinden, sind abrufbar unter *www.kolping.de/wahlweise21*

[2] Die Erklärung steht zum Download bereit unter: *https://www.kolping.de/presse-medien/news/news-archiv/news-details/news/zeitenwende-1/d*



Alterssicherung

Rekordbeschäftigung und steigende Löhne haben in den vergangenen Jahren zu einer Stabilisierung der gesetzlichen Renten beigetragen. Doch die Corona-Pandemie trifft auch das System der Alterssicherung. Noch gravierender sind für die Rentenversicherung die Folgen des demografischen Wandels und Umbrüche in der Arbeitswelt.

Nach zehn Jahren ununterbrochenen Wachstums ist die Zahl der Erwerbstätigen im vergangenen Jahr erstmals wieder gesunken. Durch das Kurzarbeitergeld konnten zwar viele Arbeitsplätze erhalten werden. Doch steigende Arbeitslosenzahlen und millionenfache Kurzarbeit drücken auf die Finanzlage der sozialen Sicherungssysteme. Davon ist besonders die Arbeitslosenversicherung betroffen. Aber auch die Gesetzliche Rentenversicherung bleibt von den Auswirkungen der Corona-Pandemie nicht unberührt. Denn Beschäftigung und Lohnhöhe sind entscheidende Stellgrößen für die Finanzierbarkeit der laufenden Renten.

Abseits der Corona-Pandemie wiegen die Folgen des demografischen Wandels weit schwerer für die Zukunft der Rentenversicherung. Denn durch die fortschreitende Überalterung der Gesellschaft müssen die Erwerbstätigen für die Altersbezüge von zunehmend mehr RentnerInnen aufkommen. Der Generationenvertrag gerät damit nicht erst seit der Pandemie ins Wanken.

Auch die Veränderungen in der Arbeitswelt gehen nicht an der Rentenversicherung vorbei. So führt die Digitalisierung neben all ihren positiven Effekten zu einer tiefgreifenden Verschiebung von Arbeitsformen. Atypische Beschäftigung hat in bestimmten Bereichen der Digital Economy deutlich zugenommen. Und erhöht für Beschäftigte die Gefahr, später einmal in Altersarmut zu landen.

Fragen zum Zustand und zur Zukunft der Alterssicherung stehen im Zentrum politischer und gesellschaftlicher Debatten. Auch das Kolpingwerk beteiligt sich an diesen Diskussionsprozessen – im Rentenbündnis der katholischen Verbände wie auch in der Regierungskommission „Verlässlicher Generationenvertrag“, die in dieser Legislaturperiode Vorschläge für eine Weiterentwicklung des Rentensystems erarbeitet hat. Mit seiner rentenpolitischen Neupositionierung, beschlossen durch den Bundesvorstand im Februar 2020, geht das Kolpingwerk weit über die Vorstellungen der Großen Koalition hinaus.

Soziale Sicherung in der Corona-Pandemie

Die weltweite Ausbreitung des Corona-Virus hat die deutsche Volkswirtschaft mit voller Wucht getroffen. Dies wirkt sich auch auf die sozialen Sicherungssysteme aus. Allen voran hat die Gesetzliche Krankenversicherung mit zusätzlichen finanziellen Lasten zu kämpfen. Die Rentenversicherung erweist sich dagegen zwar als äußerst stabil. Doch sinkende Beschäftigung und stagnierende Löhne wirken sich auch auf die gesetzlichen Renten aus. So müssen die RentnerInnen in diesem Jahr mit einer „Nullrunde" rechnen. Dennoch wird sich die Debatte um die Generationengerechtigkeit in der Sozialversicherung verschärfen.

Die Stärke der sozialen Sicherungssysteme beruht auf dem Umlageverfahren. Es garantiert, dass laufende Ausgaben aus laufenden Beitragseinnahmen finanziert werden. Doch auch das Umlageverfahren stößt im Zuge einer weltweiten Krise an seine Grenzen. So entsteht durch gestiegene Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit eine Finanzierungslücke in den Zweigen der Sozialversicherung, die nur durch zusätzliche Steuermittel des Bundes ausgeglichen werden kann.

Dies erhöht angesichts einer ohnehin hohen Neuverschuldung den finanziellen Druck auf die öffentlichen Finanzen. Dabei sollte die Staatsverschuldung nicht überhandnehmen. Denn langfristig ist die Rückkehr zu ausgeglichenen Haushalten wünschenswert – schon mit Blick auf die Lasten für zukünftige Generationen. So bleibt zu befürchten, dass die Notwendigkeit von Beitragserhöhungen mittelfristig zunehmen wird.

Mit ihrer Sozialgarantie hat die Große Koalition zwar schon vor Ausbruch der Pandemie festgelegt, dass die Sozialbeiträge bis Ende des Jahres nicht die Marke von 40 Prozent überschreiten dürfen. Doch dieses Ziel ist zum Teil bereits gescheitert: Kinderlose Versicherte zahlen durch einen Anstieg des Beitrags zur Pflegeversicherung schon jetzt einen höheren Beitrag. Und auch in der Gesetzlichen Krankenversicherung zeichnen sich für die kommenden Jahre zusätzliche Beitragslasten ab. Für 2021 ist der durchschnittliche Zusatzbeitrag bereits um 0,2 Prozentpunkte angehoben worden.

Für die Rentenversicherung gilt bis 2025 die „Doppelte Haltelinie", die bereits von der vorletzten Großen Koalition beschlossen wurde. Die erste Haltelinie legt fest, dass das Rentenniveau nicht unter 48 % sinken darf. Die zweite Haltelinie begrenzt einen möglichen Anstieg der Beitragssätze auf 20 %. Während das Rentenniveau derzeit sogar bei etwa 50 % liegt, drohen die Beitragssätze von aktuell 18,6 % spätestens ab 2023 deutlich anzusteigen. Langfristig zeichnen sich damit zusätzliche Belastungen für die erwerbstätige Bevölkerung ab.

Die nächste Bundesregierung wird eine nachhaltige Strategie entwickeln müssen, um eine „Explosion" der Sozialbeiträge zu verhindern. Aus Sicht des Kolpingwerkes bedarf es dazu einer breiteren und nachhaltigeren Finanzierungsgrundlage. Dies könnte in den verschiedenen Sicherungszweigen von einer Erweiterung des Versichertenkreises bis hin zur Einbeziehung von Kapitaleinkommen oder Mieteinkünften reichen.

Fragen

- **Wie kann wieder mehr Generationengerechtigkeit in der Sozialversicherung hergestellt werden?**
- **Wäre eine Beitragspflicht für Kapitaleinkommen oder Mieteinkünfte ein guter Weg, um die BeitragszahlerInnen zu entlasten?**
- **Sollten steuerfinanzierte Bundeszuschüsse trotz steigender Staatsverschuldung ausgeweitet werden, um Finanzierungslücken in der Sozialversicherung auszugleichen?**

Alterssicherung im demografischen Wandel

Jenseits der Corona-Pandemie stellen die Auswirkungen des demografischen Wandels die größte Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit des deutschen Rentensystems dar. Denn in einer stark alternden Gesellschaft müssen die Erwerbstätigen für stetig wachsende Rentenausgaben aufkommen. Perspektivisch wird die Zahl der sozialversicherungspflichtigen BeitragszahlerInnen sogar abnehmen, während die Zahl der RentnerInnen weiter wächst. Vor allem in den kommenden 15 Jahren wird die Rentenversicherung in finanzielle Schwierigkeiten geraten, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der Baby-Boomer schrittweise in den Ruhestand eintreten.

In dem Spannungsfeld zwischen der Höhe des Leistungsniveaus und den Beitragssätzen wird das Rentensystem seit 20 Jahren reformiert. Langfristig angelegte Reformansätze haben die maßgeblichen Parteien – mit Ausnahme der schrittweisen Erhöhung des Renteneintrittsalters – weitestgehend gescheut. Stattdessen haben die letzten Bundesregierungen dazu geneigt, das Leistungsspektrum der Rentenversicherung in Form von Rente mit 63, Mütterrente und Grundrente auszuweiten. So gut und sinnvoll diese Leistungserweiterungen sind, so inkonsequent ist ihre Finanzierung. So wird die Erhöhung von Entgeltpunkten für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, aus Beitragsmitteln der Versicherten finanziert, anstatt sie als eine Leistung im gesamtgesellschaftlichen Interesse zu betrachten und sie aus zusätzlichen Bundesmitteln zu finanzieren. Und damit auf eine breite solidarisch finanzierte Basis zu stellen.

Mit dem Rentenmodell der katholischen Verbände setzt sich das Kolpingwerk gemeinsam mit weiteren katholischen Verbänden seit vielen Jahren für eine Erwerbstätigenversicherung ein, die neben abhängig Beschäftigten alle Erwerbstätigen in die Gesetzliche Rentenversicherung einbezieht. Vor allem im Zuge des demografischen Wandels, der sich in den kommenden 15 Jahren deutlich verschärfen wird, wäre eine Erwerbstätigenversicherung eine Lösung, um BeitragszahlerInnen zu entlasten und Rentenleistungen zu stabilisieren. Denn durch eine Versicherungspflicht von Selbstständigen und die Einbeziehung von NeubeamtInnen würde die Gesetzliche Rentenversicherung zusätzliche Beitragseinnahmen erhalten, um die laufenden Rentenausgaben zu finanzieren.

Angesichts zunehmender finanzieller Belastungen für die BeitragszahlerInnen kann die Reform hin zu einer Erwerbstätigenversicherung nur ein Baustein von mehreren sein. So sollte auch die schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters nach 2031 aus Sicht des Kolpingwerkes kein Tabu sein. In seiner rentenpolitischen Neupositionierung bekräftigt der Bundesvorstand, dass eine Kopplung des Renteneintrittsalters an die steigende durchschnittliche Lebenserwartung ein guter Weg wäre, um mehr Generationengerechtigkeit zwischen BeitragszahlerInnen und RentenempfängerInnen herzustellen. So könnte die Regelaltersgrenze ab 2031, ähnlich wie in anderen europäischen Ländern, jedes Jahr weiter steigen. Dies sollte allerdings nur bei gleichzeitigem Ausbau von Präventions- und Rehabilitationsmaßnahmen für Arbeitnehmende sowie durch eine Stärkung der Erwerbsminderungsrente erfolgen.

Der demografische Wandel zwingt zum Handeln. Die aktuelle Corona-Krise verdeutlicht, dass eine Zeitenwende angebrochen ist, die in vielen Bereichen zu mutigem Handeln veranlasst. Dies sollte auch mit Blick auf eine generationengerechte Reform des Rentensystems möglich sein.

Fragen

- **Stellt die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung eine nachhaltige Lösung zur Entlastung der BeitragszahlerInnen dar?**
- **Ist eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters ab 2031 ein konsequenter Weg, um mehr Generationengerechtigkeit in der Rentenversicherung herzustellen?**
- **Stehen die politischen Parteien für eine nachhaltige Weiterentwicklung des Rentensystems, um den Folgen des demografischen Wandels ernsthaft zu begegnen?**

Moderne Arbeitswelt ohne Altersarmut

Ein ausreichend hohes Lohnniveau bildet die Grundlage, um später eine auskömmliche Rente zu erhalten. Durch atypische Beschäftigung und das Aufkommen von Berufen in der sogenannten Plattformökonomie wird dies für viele Beschäftigte zunehmend schwieriger. Ein angemessener Mindestlohn und ein Ausbau der Tarifbindung sind entscheidende Bausteine, um diesem Trend entgegenzuwirken. Hinzu kommt die Notwendigkeit einer gleichwertigen Entlohnung von Männern und Frauen.

Nicht nur eine geringe Arbeitslosenquote, sondern auch gute Beschäftigung sind ein Garant für die Finanzierung des Rentensystems. Dank einer Beschäftigung auf Rekordniveau und steigender Löhne konnte sich die Gesetzliche Rentenversicherung in den vergangenen Jahren auf steigende Beitragseinnahmen verlassen. Doch dies hat nur bedingt Aussagekraft über die Qualität von Beschäftigung. Auf der einen Seite sind die durchschnittlichen Löhne in den letzten zehn Jahren stark gestiegen. Auf der anderen Seite verdienen Millionen von Menschen ihren Lebensunterhalt in atypischen Beschäftigungsformen. Dazu gehört unter anderem unfreiwillige Teilzeitarbeit, von der Frauen überproportional stark betroffen sind. Hinzu kommt, dass Frauen in vergleichbaren Positionen durchschnittlich weniger Lohn erhalten als ihre Kollegen. Eine ungleiche Entlohnung – auch bekannt als Gender Pay Gap – und atypische Beschäftigung tragen erheblich dazu bei, dass Frauen häufiger von Altersarmut betroffen sind als Männer.

Insbesondere in der neu aufgekommenen digitalen Plattformökonomie gehen Beschäftigte einer Erwerbsarbeit nach, die weit von den Bedingungen eines Normalarbeitsverhältnisses entfernt ist. Sogenannte „Clickworker“ arbeiten häufig ohne ausreichenden Sozialversicherungsschutz und werden auf Honorarbasis finanziert. So werden Mindestlohn und tarifliche Standards auf bislang legalem Weg umgangen.

Aus Sicht des Kolpingwerkes bedarf es einer tiefgreifenden Reform, um Altersarmut weitestgehend unmöglich zu machen. Zwar befindet sich das Niveau der Altersarmut nach offiziellen Angaben noch auf einem niedrigen Niveau. Doch sagt dies nichts über die deutlich höhere Zahl an vermuteter verdeckter Altersarmut aus. Denn viele Ältere in prekärer Lage scheuen aus Angst vor gesellschaftlicher Stigmatisierung die Beantragung von Grundsicherung im Alter. Die Zunahme atypischer Beschäftigungsformen lässt für jüngere Generationen und Frauen zudem ein deutlich erhöhtes Risiko von Altersarmut befürchten.

Das Kolpingwerk spricht sich für die Einführung einer Garantierten Alterssicherung aus. Dabei handelt es sich um ein steuerfinanziertes Alterseinkommen, das allen Einwohnern zusteht, die mindestens fünf Jahre lang Beiträge in die Gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben. Es wird aus Steuermitteln finanziert und ab Erreichen des Renteneintrittsalters als pauschale Leistung in Höhe des soziokulturellen Existenzminimums ausgezahlt. Darauf aufbauend erhalten die Versicherten ihre gesetzliche Rente.

Die Einführung einer garantierten Alterssicherung wäre ein rentenpolitischer Paradigmenwechsel. Er würde einen Umbau des Rentensystems erfordern, aber gleichzeitig Altersarmut so gut wie unmöglich machen. Sie würde vor allem jüngeren Menschen und Beschäftigten mit niedrigen Einkommen die Sicherheit geben, im Alter existenzsichernd versorgt zu sein, ohne einer Bedürftigkeitsprüfung zu unterliegen. Für das Kolpingwerk ist dies als generationenübergreifender Verband ein besonders wichtiges Anliegen.

Fragen

- **Lässt sich die Gesetzliche Rentenversicherung ohne tiefgreifende Reform langfristig stabilisieren?**
- **Ist die Garantierte Alterssicherung eine realistische Option, um Altersarmut zu beseitigen?**
- **Müssen Beschäftigungsverhältnisse in der Digitalwirtschaft stärker reguliert werden, um Altersarmut zu verhindern?**

Positionen

- **Wir gestalten Arbeitswelt mit** (2018)
- **Kolpingwerk Deutschland fordert eine Garantierte Alterssicherung** (2020)
- **Rentenkommission bleibt greifbare Antworten schuldig!** (2020)
- **Nicht auf dem Rücken der BeitragszahlerInnen** (2020)

Alterssicherung aus Sicht der Kolpingjugend



Wenn man junge Menschen auf das Thema Altersvorsorge anspricht, befürchten viele, dass das aktuelle Rentensystem dem demografischen Druck nicht standhält und ihre eigene Rente nicht einmal mehr zur Grundsicherung ausreichen wird. Der Grund: Wegen der Überalterung der Gesellschaft müssen immer weniger Erwerbstätige für immer mehr RentnerInnen zahlen. Nicht zuletzt deswegen wurden bestimmte Leistungen des Sozialstaates in den letzten Jahren schrittweise abgebaut.

Das System des Generationenvertrags steht vor dem Hintergrund des demografischen Wandels zunehmend unter Druck, und es entsteht eine Deckungslücke in der Rentenfinanzierung. Zusätzliche finanzielle Lasten (u. a. eine Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge) werden in den kommenden Jahrzehnten auf die junge Generation zukommen. Dadurch sinkt das Vertrauen junger Menschen in die gesetzliche Rentenversicherung. Wer im Alter einmal abgesichert sein möchte, kann sich nicht mehr allein auf die Rentenversicherung verlassen. Man muss sich schon selbst darum kümmern.

Um jungen Menschen das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung zurückzugeben, muss eine weitreichende Rentenreform erfolgen. Es muss sich für junge Menschen eine rentenpolitische Perspektive eröffnen, die zukunftssicher und generationengerecht ist und die junge Generation entlastet, damit die finanzielle Absicherung im Alter nachhaltig und transparent gestaltet ist. Die Kolpingjugend hat konkrete Vorschläge für ein zukunftsfähiges Rentensystem ausgearbeitet. Teile dieser Arbeit sind auch in die rentenpolitische Neupositionierung des Kolpingwerkes eingeflossen.

Wir machen es uns zur Aufgabe, eine kritische Auseinandersetzung mit der Zukunftsfähigkeit des deutschen Rentensystems auf den verschiedenen verbandlichen und politischen Ebenen zu fördern. Auch mit Blick auf die Bundestagswahl bleiben wir am Thema dran. Wir möchten ein Bewusstsein dafür schaffen, dass schon für junge Menschen das Thema Rente relevant ist. Mit unseren Beschlüssen und der Handreichung „Rente? Krieg' ich ja eh nicht! Oder doch?" haben wir uns sogar auf Grundsätze für ein zukunftsfähiges Rentensystem festgelegt.

Drei Fragen:

1. **Wie kann der Belastung der jungen Generation im Sozialversicherungssystem (z. B. Renten- und Krankenversicherung) gesellschaftspolitisch entgegengewirkt werden?**
2. **Wie kann eine bessere Sensibilisierung junger Menschen zur Rententhematik erfolgen?**
3. **Wie kann sichergestellt werden, dass ohne zusätzliche private Altersvorsorge eine finanziell abgesicherte Altersphase möglich ist?**

Positionierungen und Beschlüsse:

„Junge Menschen nicht überfordern – Eine gesicherte Altersphase ermöglichen" (2017)
„Vertrauen stärken – Rentensystem zukunftssicher umbauen" (2017)
Keine guten Vorschläge für die junge Generation – Bewertung der Kolpingjugend zum Abschlussbericht der Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag" (2020)
„Leitgedanken für eine generationenübergreifende Gemeinschaft" (2019)
Wegweiser „Rente? Krieg' ich ja eh nicht! Oder doch?" (2021)





Familienpolitik

Im Zuge der Corona-Pandemie waren und sind Eltern bzw. Alleinerziehende und ihre Kinder in besonderer Weise von Einschränkungen betroffen. Innerhalb kürzester Zeit musste der familiäre Nahbereich neu organisiert werden. Kinder und Erziehende wurden unmittelbar aus ihrem bisherigen Alltagsleben herausgerissen.

Eine Arbeitsteilung in den Bereichen Betreuung und Bildung zwischen Bildungsinstitutionen und Erziehenden war nicht mehr möglich. Die Familienpolitik des Bundes hat hier steuernd eingegriffen. Grundsätzlich lässt sich festhalten: Wie verschiedene Generationen zusammenleben und welche Rahmenbedingungen dafür vorherrschen, wird durch bundespolitische Maßnahmen beeinflusst. Dazu gehören familienpolitische Maßnahmen, um stetig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, aber vor allem auch finanzielle Leistungen sowie Fragen einer angemessenen Infrastruktur zur Bereitstellung von Betreuungseinrichtungen.

Für das Kolpingwerk Deutschland ist von großer Bedeutung, dass die Familienpolitik nicht von anderen Interessen und Politikfeldern vereinnahmt und instrumentalisiert wird. Familienpolitik ist keinen weiteren Interessen – etwa denen der Wirtschaftspolitik – unterzuordnen, sondern muss den Familien dienen und ihnen Freiräume ermöglichen, Zeit als Familie verbringen zu können. Familien sind darin zu unterstützen, ihre intergenerationalen Beziehungen aufrechtzuerhalten und füreinander Sorge zu tragen.

Im Folgenden sollen anhand drei aktueller Themen bundespolitische Debatten der Familienpolitik dargestellt und mögliche Diskussionslinien zur Bundestagwahl aufgezeigt werden.

Familienrecht

Die „Ehe für alle“ war ein großer Schritt in Richtung einer gleichberechtigten Familiengründung. Seit 2017 können gleichgeschlechtliche Ehepaare gemeinsam – und nicht etwa nacheinander – fremde Kinder adoptieren. Allerdings besteht bis heute ein rechtlicher Unterschied zwischen sogenannten Regenbogenfamilien und Familien mit verschiedengeschlechtlichen Eltern, der das Abstammungsrecht und damit auch die rechtliche Absicherung der Kinder betrifft.

Im Familien- und Abstammungsrecht stehen also weitere Änderungen an. So heißt es auf Seite 132 des aktuellen Koalitionsvertrags zwischen CDU, CSU und SPD:
„Im Hinblick auf die zunehmenden Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin und Veränderungen in der Gesellschaft werden wir Anpassungen des Abstammungsrechts […] prüfen.“

Auf der Homepage des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz heißt es dazu, man wolle an den Grundsätzen des Zwei-Eltern-Prinzips sowie der abstammungsrechtlichen Zuordnung nach genetisch-biologischer Verwandtschaft festhalten. Neu ist beispielsweise der Vorschlag, dass eine Frau „Mit-Mutter“ werden kann. Sie soll wie ein Mann durch Ehe, Anerkennung oder Feststellung zweiter Elternteil werden können.

Eine Reaktion auf die zunehmende Pluralisierung von Formen des Zusammenlebens ist auch der Vorschlag der Abgeordneten der FDP, neben der Ehe das Modell der „Verantwortungsgemeinschaft“ im Bürgerlichen Gesetzbuch rechtlich zu verankern. Demgegenüber steht die Kritik, mit einem unverbindlicheren Konkurrenzinstitut die im Grundgesetz unter „besonderen Schutz“ gestellte Ehe zu schwächen und den gesellschaftlichen Trend zu mehr Unverbindlichkeit aktiv zu verstärken und zu fördern. Dies betont beispielsweise der Familienbund der Katholiken.

Das Kolpingwerk Deutschland betont den gesellschaftlichen Wert von Familien sowie die in Artikel 6 des Grundgesetzes hervorgehobene Bedeutung der Ehe [1]. Familien benötigen passgenaue Leistungen, die sie in ihrem alltäglichen Zusammenleben als Familie unterstützen.

Fragen

- **Wie genau sollen Familien „geschützt“ werden, so wie es im Grundgesetz festgelegt ist?**
- **Wie kann die Position von Kindern im Rahmen familienrechtlicher Reformen gestärkt werden?**
- **Welchen Wert hat die Ehe in Zukunft?**

Kindergrundsicherung

Kinderarmut ist in Deutschland ein nach wie vor aktuelles Thema: Jedes fünfte Kind und jeder fünfte Jugendliche wächst in Deutschland in einem Haushalt auf, in dem Mangel zum Alltag gehört.

Dieser Mangel zeigt sich in fehlenden finanziellen Ressourcen sowie an fehlenden sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Chancen. Festzuhalten ist:

- Armut hat strukturelle Ursachen und ist nicht ausschließlich das Versagen Einzelner
- Alle Kinder und Jugendlichen haben einen Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse
- Unterstützung muss für alle leicht zugänglich sein

Einige Parteien haben sich mit eigenen Modellen zur Kindergrundsicherung in die Debatte eingebracht. Eine entsprechende Reform scheint angesichts des nach wie vor großen Problems der Kinderarmut in Deutschland angebracht. In den Blick gerät damit eine grundlegende finanzielle Absicherung von Kindern und Jugendlichen vor dem Hintergrund einer sachgerechten Ermittlung der entsprechenden Bedarfe. Je nach Modell fasst die Kindergrundsicherung bisherige familienpolitische Leistungen zusammen und erhöht den finanziellen Transfer, je niedriger das Einkommen der Eltern ist. Damit wird der häufig vorgebrachten Kritik Rechnung getragen, dass die Vielzahl an familien- und kindbezogenen Leistungen in Deutschland kompliziert und kaum mehr zu durchschauen ist.

Zudem verfehlen bisherige Leistungen oft ihr Ziel: So wird etwa das Kindergeld mit Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II („Hartz IV“) verrechnet; der Kinderfreibetrag im Steuerrecht entlastet gutverdienende Kinder stärker als Familien, die das Kindergeld bekommen.

Wichtig ist allerdings, nicht die Familie als Ganzes aus dem Blick zu verlieren: Leben Kinder in Armut, so leben auch ihre Eltern in Armut. Die soziale Lage von Kindern ist ein Spiegelbild der Lage der gesamten Familie. Bundespolitische Maßnahmen müssen sich also daran messen lassen, wie sie Familien als Ganzes niedrigschwellig erreichen und Bedarfe sachgerecht abdecken.

[1] **Artikel 6 (1) des Grundgesetzes:**
„Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.“

Fragen

- **Wie soll sichergestellt werden, dass familienbezogene Leistungen niedrigschwellig sind und einfach beantragt werden können?**
- **Wie können Informationen über familienbezogene Leistungen alle Familien möglichst niedrigschwellig erreichen?**
- **Sollen familienbezogene Leistungen zusammengefasst werden? Welche und in welcher Form?**

Vereinbarkeit von Sorgearbeit, Ehrenamt und Erwerbsarbeit

Mit Blick auf die Arbeitsteilung von Eltern herrschte jahrzehntelang das Ein-Verdiener-Modell vor, bei dem in der Regel der Mann einer Vollzeiterwerbsarbeit nachging und die Frau für die familiäre Sorgearbeit (Betreuung, Erziehung, Pflege) verantwortlich war. Aktuell praktiziert die Mehrheit der Eltern das „modernisierte Ernährermodell“ beziehungsweise das Zuverdienermodell.

Das bedeutet, dass ein nicht in Vollzeit erwerbstätiger Partner mehr als geringfügig, aber nicht in Vollzeit erwerbstätig ist. Dieser Wandel spiegelt sich auch in der Diskussion um die „neuen Väter“ wider: Immer mehr Väter unterstützen und entlasten die Mütter und übernehmen in einem steigenden Ausmaß sorgende Tätigkeiten wie die Betreuung und Erziehung der Kinder. Gleichzeitig gibt es hier eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Viele Väter wollen sich langfristig verstärkt um ihre Kinder kümmern und ihre Arbeitszeit reduzieren. Allerdings nehmen vier von fünf Väter nur die Mindestzeit des Elterngeldes (zwei Monate) in Anspruch, während 87 Prozent der Mütter zwölf Monate ausschöpfen.

Insgesamt jedoch hat die Einführung des Elterngeldes die familiäre Realität vielerorts verändert. Väter nutzen die Chance, sich an der familiären Sorgearbeit zu beteiligen, wie der DIW Wochenbericht 34/2017 zeigt: Während im Jahr 2007 lediglich 3,5 Prozent aller ErziehungsgeldbezieherInnen Väter waren, lag die Zahl im Jahr 2008 bereits bei über 15 Prozent und stieg kontinuierlich bis auf 35,7 Prozent im Jahr 2015 an.

Die Bundesrepublik Deutschland investiert seit Jahren Milliarden in die Betreuungsinfrastruktur. So hat der Bundestag im November 2020 zusätzliche Milliarden-Investitionen für die Betreuung von Grundschulkindern beschlossen. Damit soll dem ab 2025 geplanten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder Rechnung getragen werden. Unklar ist jedoch, woher das Personal für einen altersgerechten Betreuungsschlüssel kommen soll, sodass bis dato ein pädagogischer Mehrwert für Kinder und Eltern schwer vorstellbar ist.

Seit Jahren wird festgehalten, dass sogenannte sorgende Tätigkeiten mehr Wertschätzung erfahren sollen. Im beruflichen Kontext kann dies über steigende Löhne und bessere Arbeitsbedingungen (z. B. angepasste Personalschlüssel) erreicht werden. Doch ein Großteil an Betreuung, Erziehung und Pflege wird „still“ im Rahmen familiärer Beziehungen geleistet. Um hier eine gute Vereinbarkeit zu ermöglichen, die Raum lässt für Erwerbsarbeit, Ehrenamt und Selbstsorge, ist ein großer politischer Wurf nötig. Dazu sind Vorschläge eines „atmenden Lebenslaufes“ beziehungsweise eines sogenannten „Care-Zeit-Budgets“ bezüglich ihrer Umsetzbarkeit ernsthaft zu prüfen.

Fragen

- **Wie können insbesondere Alleinerziehende in ihrem Alltag unterstützt werden?**
- **Welche Konzepte gibt es, um es insbesondere Eltern zu ermöglichen, sich für Familie, Beruf und Ehrenamt zu engagieren?**
- **Welche Schritte sind vorgesehen, um sogenannter „Sorgearbeit“ mehr Anerkennung entgegenzubringen?**

Positionen

- **Memorandum „Familienfreundliches Deutschland“** (2014)
- **Entschlossenes Handeln für Familien in Armut** (2019)

Familienpolitik aus Sicht der Kolpingjugend

Adolph Kolping verstand es, die Lebenswirklichkeit der Menschen seiner Zeit wahrzunehmen. Das braucht es auch heute. Die Politik muss die Entwicklungen der Zeit anerkennen und in ihrem politischen Handeln berücksichtigen. Die Formen des Zusammenlebens von Menschen haben sich verändert, und es hat sich eine Vielzahl alternativer Familienmodelle entwickelt. Diese als gleichwertig anzuerkennen und das Wohl von Kindern bei Entscheidungen in diesem Zusammenhang immer in den Vordergrund zu stellen, ist Aufgabe der Politik. Andernfalls werden vermeintliche Wertekämpfe auf dem Rücken der Schwachen ausgetragen.

Es braucht eine offene und aktive Auseinandersetzung mit dem Thema Geschlechtervielfalt. Die Kolpingjugend hat sich bereits mit zahlreichen Beschlüssen für eine offene Gemeinschaft sowie für die Anerkennung von Geschlechtervielfalt positioniert. Eine gendergerechte Schreibweise wird zukünftig in all unseren Publikationen umgesetzt.

Wir setzen uns besonders für die Belange junger Menschen ein. Es ist uns deshalb auch ein besonderes Anliegen, eine bessere und gewichtigere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen umzusetzen, wenn es um wegweisende politische Entscheidungen geht, die das Leben von jungen Menschen direkt betreffen. Für die Lebenschancen der heutigen jungen und der nachfolgenden Generationen ist es maßgeblich, dass ihre Sichtweisen bereits heute in politische Weichenstellungen einbezogen werden. Dabei geht es darum, das Erwachsenwerden zu fördern und zu unterstützen, den Rahmen für Teilhabe und Partizipation zu bilden und somit einen gelingenden generationellen Wechsel in der Gesellschaft zu ermöglichen.

Die Kolpingjugend selbst lebt diesen demokratischen und gemeinwohlorientierten Ansatz seit ihrem Bestehen: Als Teil des Kolpingwerkes Deutschland und als Teil einer familienhaften Gemeinschaft setzen wir diese Anliegen in unserem eigenen Handeln um. Auch im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl bleiben wir an diesen Themen dran und adressieren unsere Anliegen an die Politik.

Kolping jugend

Drei Fragen:

1. Wie können Kinder und Jugendliche besser an politischen Entscheidungen mitwirken, die ihr eigenes Leben betreffen?
2. Wo kann Familienpolitik die Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigen?
3. Wie können Familien besser unterstützt werden, damit alle Kinder die gleichen Chancen auf Bildung und Teilhabe haben?

Positionierungen und Beschlüsse:

„Positionierung für eine offene Gemeinschaft […]“ (2019)

„Festlegung auf eine gendergerechte Schreibweise mithilfe des Gendersternchen (*) […]“ (2019)

„Weiterarbeit mit der Thematik ‚Geschlechtervielfalt‘“ (2019)

„Mehr als ein Stern*“ (2020)





Ausbildung

Oft standen bei den Auswirkungen der Corona-Pandemie die Risikogruppen und damit unter anderem die älteren Mitmenschen im Mittelpunkt, da diese zu Recht unmittelbar geschützt werden mussten. Dies bedeutet aber nicht, dass junge Menschen weniger von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen sind, nur sind diese meist weniger direkt sichtbar, sondern werden sich eher mittel- und langfristig auf ihre Lebenschancen auswirken.

Dies zeigt sich besonders bei der Ausbildung, denn die Bewerbung auf eine betriebliche Ausbildung stellte sich 2020 deutlich schwieriger als in vorherigen Jahren dar: Angebote zur Berufsorientierung oder auch zu Praktika sind durch die reduzierte Präsenz in den Schulen entfallen. Zusätzlich ist das Ausbildungsangebot zurückgegangen, und Bewerbungsverfahren haben sich schwieriger gestaltet.

So haben sich wegen dieser Rahmenbedingungen deutlich weniger junge Menschen auf eine Ausbildung beworben, und es ist davon auszugehen, dass diese sich entweder doch für ein Studium, für eine Verlängerung der Schulzeit oder für ungelernte Berufstätigkeiten entschieden haben. Dies bringt mittelfristig mitunter die Probleme von mehr Studienabbrüchen mit sich, da die Praxisorientierung einer Ausbildung vermisst wird. Außerdem kann dies zu einer schwierigeren Bewerberlage auf dem Ausbildungsmarkt führen, weil deutlich mehr Bewerber im nächsten Jahr auf den Ausbildungsmarkt streben bei gleichzeitig geringerem Ausbildungsstellenangebot und es zu einer weiteren Steigerung der Berufstätigen ohne formalen Berufsabschluss kommt.

Rückgang des Ausbildungsangebots und Stärkung der Tarifpartnerschaft

Die Corona-Pandemie hat für viele Betriebe die wirtschaftliche Situation verschlechtert und für noch mehr zu einer ungewissen Zukunftsperspektive geführt. Trotzdem haben viele Betriebe an ihrer Ausbildungsabsicht festgehalten, so dass der Rückgang mit knapp 9 Prozent im letzten Jahr geringer ausgefallen ist als befürchtet.

Allerdings existiert in den letzten Jahren ein kontinuierlicher Rückgang beim Angebot von Ausbildungsstellen, und es ist zu erwarten, dass dieser Rückgang nicht mehr aufgehoben wird, sondern dass das Ausbildungsangebot in dieser geringeren Anzahl an Ausbildungsstellen – unabhängig von den direkten Auswirkungen der Corona-Pandemie – bleiben wird. Dies hat sich bereits bei der Finanzkrise 2007/08 gezeigt, bei der der Einbruch des Ausbildungsangebots bis heute weitgehend bei der geringeren Anzahl verblieben ist. Dies hat zur Folge, dass der Fachkräftemangel weiterwächst und vor allem auch vielen jungen Menschen weniger Chancen auf eine Ausbildung zur Verfügung stehen.

Besonders bei den kleineren Betrieben ist dieser Rückgang in der Ausbildungsbereitschaft zu beobachten. Aber gerade kleine und mittelständische Betriebe geben erstens jungen Menschen mit einer geringeren schulischen Qualifikation oft eine Ausbildungschance. Genauso sind es, zweitens, oft diese Betriebe, die Ausbildungen im ländlichen Raum anbieten und drittens am häufigsten die Ehrenamtlichen stellen, die sich etwa im Prüfungswesen engagieren.

Ein weiterer Aspekt, der sich durch die Corona-Pandemie gezeigt hat, war die unangemessen geringe Bezahlung bei den Pflegekräften, die mit ihrer Arbeit in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt sind. Dies gilt allerdings für viele andere Berufsgruppen in gleicher Weise. Es hat sich gezeigt, dass eine Einmalzahlung nicht die Lösung sein kann, sondern dass der Rückgang der Tarifbindung angegangen werden muss, der seit Jahren zu beobachten ist, was Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen von vielen Arbeitnehmenden hat. Aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive betrachtet, liegt es im Interesse aller, dass die Tarifbindung gestärkt wird.

Zwar ist die Tarifautonomie aus guten Gründen ein wichtiges Gut, in die die Politik nicht einzugreifen hat. Dennoch braucht es politische Unterstützung, damit die Rahmenbedingungen geschaffen werden, die zur Stärkung der Tarifbindung führen. Damit sind wesentliche Bedingungen benannt, auf die die neue Bundesregierung Antworten geben muss.

Fragen

- **Durch welche Maßnahmen können Betriebe bei der Ausbildung unterstützt werden, um jungen Menschen eine Chance auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz und eine tragfähige berufliche Perspektive zu geben?**
- **Was muss getan werden, um mit politischen Mitteln die Tarifbindung und Selbstverwaltung zu stärken?**
- **Die berufliche Ausbildung beruht in vielen Bereichen auf dem ehrenamtlichen Engagement. Dieses war nie selbstverständlich, aber nimmt in den letzten Jahren immer stärker ab. Was muss getan werden, um dieses Engagement und die Selbstverwaltung zu stärken, und dies gerade bei jüngeren Menschen?**

Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung

In Deutschland kann man sich als junger Mensch grundsätzlich zwischen einer beruflichen und einer akademischen Ausbildung entscheiden. Obwohl Deutschland international für sein duales Ausbildungssystem hoch geschätzt wird, ist eine gleiche Wertschätzung beider Ausbildungsformen bei den jungen Menschen und in der Gesellschaft nicht gegeben.

Eine akademische Ausbildung wird häufig vorgezogen – ohne ergebnisoffene Abwägung, welche Ausbildungsform für den jungen Menschen jeweils die passendere wäre. Dies zeigt sich etwa darin, dass es keine ausreichende Berufsorientierung in Schulen gibt, die zu einer Studienberechtigung führen. Allen jungen Menschen muss eine ergebnisoffene Berufsorientierung ermöglicht und aktiv angeboten werden. Oder es zeigt sich die fehlende Abwägung darin, dass viele StudienabbrecherInnen das Studium als zu wenig praxisorientiert ansehen, was auch auf eine bessere Passung mit einer beruflichen Ausbildung hindeutet.

Es ist zu begrüßen, dass es hier Entwicklungen gibt, die anstreben, die beiden Ausbildungsformen vergleichbar zu machen, indem etwa anhand des Deutschen Qualifikationsrahmens und des neuen Berufsbildungsgesetzes (BBiG)

Abschlüsse aus einer Ausbildung mit Hochschulabschlüssen verglichen werden können. Außerdem wird das Spektrum etwa durch ein duales Studium attraktiver, das Hochschulstudium und betriebliche Ausbildungsanteile verbindet, oder durch die Praxisorientierung von Fachhochschulen.

Bei der Angleichung der gesellschaftlichen Wertschätzung ist damit aktuell Bewegung vorhanden, wenn auch die Gleichstellung der beiden Ausbildungsformen noch weit entfernt ist. Denn die unterschiedliche Gewichtung zeigt sich weiterhin in einer ungleichen strukturellen Unterstützung, die zu verändern in der politischen Verantwortung liegt. Die Qualifizierung in der beruflichen Bildung wird weitgehend von den Betrieben und den Arbeitnehmenden getragen. Auch in der beruflichen Weiterqualifizierung ist nicht nachvollziehbar, dass für das Meister-Bafög die Qualifizierungskosten nicht genauso übernommen werden, wie dies für das Bafög eines Hochschulabsolventen gilt.

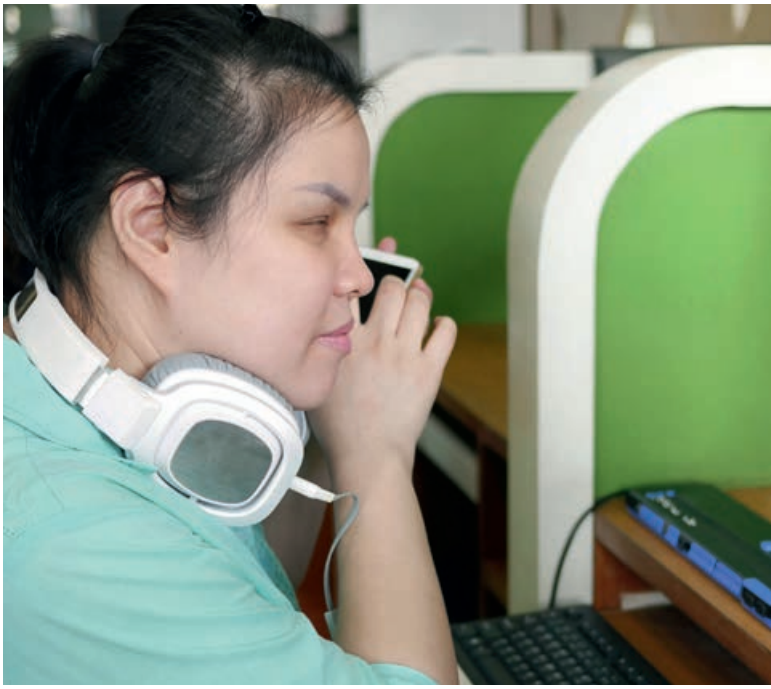
Fragen

- **Studierendenwohnen, Ticket für den ÖPNV, Auslandsaufenthalte sind für Studierende selbstverständlich. Was soll dafür getan werden, dass dies auch für Auszubildende in einem ähnlichen Umfang zur Verfügung steht?**
- **Was muss dafür getan werden, dass es hier zu einer Angleichung kommt? Die Weiterentwicklung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes geht in die richtige Richtung, ist aber längst nicht am Ziel.**
- **Was muss dafür getan werden, dass an allen Schulformen – also auch diejenigen, die zur Studienberechtigung führen – eine ergebnisoffene Berufsorientierung stattfindet?**

Benachteiligte junge Menschen in der Ausbildung fördern

2,1 Millionen junge Erwachsene im Alter zwischen 20 und 34 Jahren in Deutschland haben keinen Berufsabschluss erworben. Damit befindet sich der Anteil der jungen Menschen ohne Berufsabschluss weiterhin auf einem zu hohen und leider bereits seit Jahren steigenden Niveau. Diese Menschen tragen ein sehr hohes Risiko, dauerhaft nur prekär beschäftigt oder sogar arbeitslos zu werden. Sie sind damit stark von Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung bedroht.

Unabhängig von der Corona-Pandemie setzt sich das Kolpingwerk dafür ein, dass für alle jungen Menschen – vor allem diejenigen mit geringeren Schulabschlüssen sowie mit Migrationshintergrund – berufliche und persönliche Entwicklungschancen geschaffen werden. Es ist die gesellschaftliche Verantwortung, jungen Menschen unabhängig von ihren Startbedingungen eine gute Lebensperspektive zu eröffnen. Und gerade jetzt müssen die Weichen am Ausbildungsmarkt so nachjustiert werden, dass Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit verbessert werden. Eine berufliche und persönliche Perspektive für alle jungen Menschen ist der Grundstein für gerecht verteilten Wohlstand, eine krisenfest aufgestellte Ökonomie und ein solidarisches gesellschaftliches Zusammenleben.



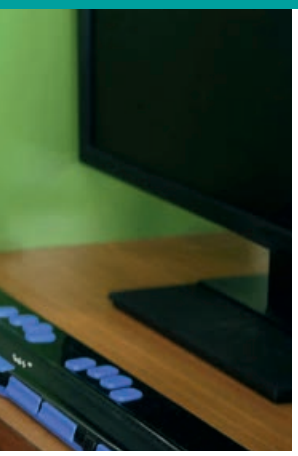
Notwendig sind deswegen geeignete Instrumente der Berufsvorbereitung, Beratung und Orientierung für nicht oder noch nicht ausbildungsreife Jugendliche, die einen Einstieg in Arbeit bzw. geförderte Arbeit unterstützen. Zielsetzung muss sein, den Jugendlichen eine individuelle Beratung und eine persönlichkeitsorientierte Fortbildung – vor allem auch in kleineren Betrieben – zu ermöglichen.

Außerdem ist eine Stärkung des Jugendwohnens notwendig, um dem steigenden Bedarf an bezahlbarer, sozialpädagogisch begleiteter Unterbringung für junge Auszubildende gerecht zu werden. Dieses würde vor allem sozial und gesellschaftlich benachteiligte Auszubildende stärken, die neben dem Weg in die Ausbildung weitere Hürden meistern müssen.

In vielen Bereichen haben die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie zu einem verstärkten Einsatz von digitalen Medien geführt, um wenigstens teilweise eine Fortsetzung der Ausbildung oder Qualifizierung sicherzustellen: Vom digitalen Unterricht bis hin zu Videokonferenzen konnte hier eine schnelle und pragmatische Entwicklung vor allem an den allgemeinbildenden Schulen beobachtet werden. Für geringqualifizierte Jugendliche war dies oft nur eingeschränkt möglich, da sie nicht durchgehend mit geeigneten Endgeräten ausgestattet sind, welche für eine erfolgreiche Teilnahme an der Ausbildung notwendig sind. Dazu gehören Tablet, PC, Drucker und ausreichender Internetzugang. Hier hat sich ein dringender Nachholbedarf gezeigt, um benachteiligten Jugendlichen eine adäquate Partizipation an digitalen Unterrichtseinheiten zu ermöglichen.

Fragen

- **Was kann dafür getan werden, die Förderprogramme zu verbessern, um benachteiligten jungen Menschen eine Ausbildungschance zu geben?**
- **Was muss dafür getan werden, dass das Jugendwohnen in der Ausbildung genauso selbstverständlich genutzt und unterstützt wird wie das Studierendenwohnen und dadurch mehr junge Menschen dabei unterstützt werden, ihre Ausbildung abzuschließen?**
- **Was kann dafür getan werden, dass auch benachteiligte junge Menschen adäquater auf eine Arbeitswelt 4.0 vorbereitet werden können? Denn finanzielle Förderungen, wie durch den DigitalPakt Schule, entfallen hier bisher weitgehend.**



Positionen

- **Allgemeine Meisterpflicht differenziert betrachten!** (2018)
- **Nahe am arbeitenden Menschen** (2019)
- **KOLPING fordert zeitnah bessere berufliche Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen** (2020)
- **Ein weiterer Schritt zur Gleichstellung der beruflichen mit der akademischen Ausbildung! Kolping begrüßt die Reform des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes** (2020)

Ausbildung aus Sicht der Kolpingjugend



Die Lebenswelt junger Menschen verändert sich. Ihre Biografien weisen zunehmend häufiger Veränderungen der persönlichen Lebensumstände auf, zum Beispiel durch Ortswechsel aufgrund von Ausbildung, Studium oder Arbeit. Gleichzeitig befinden sich viele junge Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, was sich beispielsweise in befristeten Arbeitsverträgen, niedrigen Löhnen und unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung ausdrückt. Infolgedessen sind es nicht wenige, die trotz einer Beschäftigung armutsgefährdet sind.

Im Umgang mit den Herausforderungen der Corona-Pandemie haben sich die Schwächen unseres (Aus-)Bildungssystems in besonderer Weise offenbart. Wer aktuell auf Jobsuche ist, konkurriert plötzlich mit vielen anderen um deutlich weniger Stellen. Gleichzeitig besteht für junge Menschen unter 30 Jahren allgemein eine größere Gefahr, ihre Stelle zu verlieren, als in anderen Altersgruppen, weil sie sich häufiger als ältere in atypischen Beschäftigungsformen befinden.

In Schulen zeigt sich: Es fehlen digitale Infrastrukturen, Online-Lernangebote und entsprechende didaktische Konzepte. Auch das schränkt die Bildungschancen vieler junger Menschen enorm ein. Nicht alle jungen Menschen haben zu Hause ein Lernumfeld, das ihre Konzentration fördert, und ein familiäres Umfeld, das sie unterstützt. Noch immer bestimmt der ökonomische Status der Eltern auch die Bildungschancen von Kindern. Es ist zu erwarten, dass sich bereits bestehende Ungleichheiten weiter verschärfen werden.

Mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl fordert die Kolpingjugend die Verantwortlichen in der Politik auf, die langfristigen Folgen der Pandemie und die Anliegen junger Menschen stärker in den Fokus zu nehmen.

Es müssen krisensichere Strukturen und Konzepte entwickelt werden, damit alle jungen Menschen gleiche Chancen im Hinblick auf Teilhabe an Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen erhalten. Um dramatische Langzeitfolgen wie eine hohe Jugendarbeitslosigkeit oder nachhaltige negative Auswirkungen auf die Erwerbskarriere zu vermeiden, muss jetzt mehr für die junge Generation getan werden. Es darf keine „Generation Corona“ geben.

Drei Fragen:

1. **Wie können reguläre Beschäftigungsverhältnisse für junge Menschen schon zu Beginn ihrer Erwerbskarriere stärker gefördert werden?**
2. **Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um digitale Infrastrukturen für die schulische Bildung auszubauen und Digitalkompetenz zu fördern?**
3. **Wie kann sichergestellt werden, dass Bildung für Kinder und Jugendliche auch unter besonderen Umständen jederzeit gewährleistet wird?**

Kolping jugend

Positionierungen und Beschlüsse:

„Lasst die Pandemie keine Narben bei der Jugend bilden!“ (2020)



Klimaschutz

Klimapolitik ist längst kein Nischenthema mehr, sondern eines der entscheidenden Politikfelder der Gegenwart. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die man nicht losgelöst von anderen Politikbereichen betrachten kann. Neben Umweltfragen müssen auch ökonomische, soziale sowie Fragen von gleichwertigen Lebensverhältnissen in den Blick genommen werden.

Die Corona-Pandemie hat den Klimaschutz im allgemeinen Diskurs und in der medialen Präsenz in den Hintergrund gedrängt. Demonstrationen, Aktionen und weitere öffentliche Veranstaltungen der Fridays-for-Future-Bewegung sowie anderer AktivistInnen konnten nur in eingeschränkter Form, teilweise gar nicht mehr oder nur noch in digitaler Form stattfinden. Jedoch macht der Klimawandel trotz der Pandemie keine Pause. Weiterhin müssen geplante Maßnahmen und Ziele zur Bekämpfung des Klimawandels aktiv verfolgt werden. Die Corona-Hilfspakete für die Wirtschaft müssen an klimafreundliche Kriterien gebunden sein, um gesetzte Ziele nicht zu verfehlen.

Deutschland kommt beim Thema Klimaschutz als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt und größte Volkswirtschaft Europas eine besondere Verantwortung zu. Im Pariser Klimaabkommen von 2015 haben sich die Staaten auf das gemeinsame Ziel verständigt, die globale Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius – möglichst sogar auf 1,5 Grad Celsius – gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Dies erfordert eine ambitionierte Klimapolitik aller Staaten. Auch in Deutschland sind die Auswirkungen des Klimawandels bereits spürbar. Deutschland verzeichnet in den letzten Jahren mehr Starkregen und zugleich längere Trockenzeiten. Die Hitzesommer und Dürreperioden haben verheerende Auswirkungen auf die Landwirtschaft und andere Wirtschaftszweige. Zudem steigt die Waldbrandgefahr, das Waldsterben, und die Artenvielfalt ist bedroht. Diese und weitere Auswirkungen werden in Zukunft weiter zunehmen und unsere gewohnten Lebensverhältnisse grundlegend verändern, wenn nicht zeitnah und konsequent gehandelt wird.

Das Klimaschutzprogramm 2030 [1], das im Oktober 2019 von der Bundesregierung beschlossen wurde, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Um jedoch den nachfolgenden Generationen einen lebenswerten Planeten zu überlassen, muss noch deutlich mehr getan werden. Es bedarf einer übergeordneten Strategie und eines klaren Ziels dessen, was wir als Gesellschaft für den Klimaschutz erreichen möchten. Jede und jeder kann mit dem eigenen Handeln etwas dazu beitragen. Doch so wichtig Eigenverantwortung auch ist, braucht es verbindliche Regeln für alle. Diese müssen nachhaltiges Wirtschaften vorantreiben und sozialverträglich ausgerichtet sein.

[1] *https://www.bmu.de/publikation/klimaschutzprogramm-2030/*

Soziale Frage

Klimaschutz und Sozialpolitik dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Klimapolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie bei den Bürgerinnen und Bürgern ein Gefühl von sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit hinterlässt. Eine erfolgreich umgesetzte Klimapolitik bedeutet für jeden Einzelnen, ein Stück weit Verzicht zu üben. Ein umweltbewusstes Leben darf kein Luxus sein.

Ziel muss es sein, dass sich alle ein klima- und umweltfreundliches Leben leisten können. Entscheidend ist, dass geplante Maßnahmen und deren Umsetzung sozialverträglich ausgestaltet sind und auf ihre Wirkung hin überprüft und bei Bedarf nachgesteuert werden.

Eine in diesem Jahr in Kraft getretene Maßnahme ist die CO_2-Abgabe. Bislang mussten in Deutschland nur die Energiewirtschaft und energieintensive Industrien eine CO_2-Abgabe leisten. Seit Januar 2021 muss auch für die Bereiche Verkehr und Wärme eine Abgabe gezahlt werden. Somit sind die Kosten für Benzin und Diesel sowie für Heizöl und Erdgas seit Anfang des Jahres gestiegen und werden in den kommenden Jahren schrittweise weiter steigen. Aktuell liegt der Preis für eine Tonne CO_2 bei 25 €. Dieser Wert soll bis 2025 auf 55 € pro Tonne CO_2 steigen. Ziel ist es, dass fossile Brenn- und Kraftstoffe an Attraktivität verlieren und dadurch der Umstieg auf klimafreundlichere Alternativen angeregt wird.

Wer weiterhin verstärkt klimaschädliche Produkte und Dienstleistungen in Anspruch nimmt, wird dementsprechend auch stärker belastet. An den Kosten der Umweltverschmutzung müssen vor allem jene beteiligt werden, die in besonderem Maße zur Belastung des Klimas beitragen.



Die CO_2-Abgabe kann eine doppelte Dividende erzielen: Einerseits hat sie eine Lenkungsfunktion, indem sowohl bei ProduzentInnen als auch bei VerbraucherInnen ein Bewusstsein dafür entsteht, dass ihr Handeln Auswirkungen auf das Klima hat. Durch die Verteuerung der Umweltverschmutzung kann umweltschädliches Verhalten reduziert werden, indem umweltfreundliche Produktion und entsprechendes Verhalten für die Wirtschaft und die VerbraucherInnen günstiger und attraktiver werden.

Andererseits können die dadurch erzielten Einnahmen in Investitionen für einen umweltfreundlichen Umbau der Infrastruktur und Wirtschaft – wie beispielsweise den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Ökomobilität und staatlich geförderte Gebäudesanierung – verwendet werden. Zu beachten ist jedoch, dass durch diese Mehrbelastung BezieherInnen kleiner und mittlerer Einkommen nicht unverhältnismäßig stark belastet, sondern an anderer Stelle entlastet werden.

Fragen

- **Wie kann Klimaschutz gestaltet werden, so dass es für jeden und jede erschwinglich ist?**
- **Wie wird sichergestellt, dass BezieherInnen von kleinen und mittleren Einkommen durch die CO_2-Abgabe nicht unverhältnismäßig belastet werden?**
- **Sollte die CO_2-Abgabe auch auf andere Bereiche ausgeweitet werden?**

Mobilität und Infrastruktur

Der Verkehrssektor ist nach wie vor ein maßgeblicher Verursacher von Umweltverschmutzung. Mit einem Anteil von knapp 20 Prozent des deutschen CO_2-Ausstoßes landet der Verkehrssektor auf dem dritten Platz. Das Auto ist noch immer das dominierende Verkehrsmittel. Neben dem Ausstoß des umweltschädlichen CO_2 werden durch den Verkehr in vielen Städten ebenso die Emissions-Grenzwerte des gesundheitsschädlichen Stickstoffdioxids überschritten. Dies erfordert ein Umdenken des Mobilitätskonzepts in den Städten.

Dazu braucht es attraktive Alternativen. Zum einen müssen Radwege ausgebaut und sicherer werden. Zum anderen muss der öffentliche Nahverkehr in vielen Städten verbessert und attraktiver gestaltet werden, wie zum Beispiel durch verbesserte Anbindungen, höhere Frequentierung, günstigere Fahrkarten oder einfache digitale Möglichkeiten zum Fahrkartenkauf. Zudem sollte der öffentliche Nahverkehr auf umweltfreundlichere Elektrobusse umgestellt werden.

Darüber hinaus muss aber auch der Blick auf den ländlichen Raum und die Stadt-Land-Verbindung gerichtet werden. Denn viele Menschen, die in ländlichen Regionen leben, sind auf das Auto angewiesen. Auch hier ist ein Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel notwendig. Für Pendler sind gute Anbindungen besonders wichtig, um auf das Auto verzichten zu können.

Besonders für ältere Menschen und nun auch in der Corona-Pandemie zeigt sich, dass kurze Wege wichtig sind. Hierfür muss die Infrastruktur in den ländlichen Räumen ausgebaut werden. Dies umfasst zum einen den öffentlichen Nahverkehr, zum anderen aber auch strukturelle Infrastruktur wie Einkaufsmöglichkeiten, Gesundheitsversorgung, Ausbau von Internet und Bildungseinrichtungen.

Neben dem Ausbau der öffentlichen Transportmittel muss auch der Umstieg von Autos mit Verbrennungsmotor auf Elektroautos gefördert werden. Hierbei sind ebenso bestimmte Aspekte zu beleuchten. Zum einen ist dies für viele noch immer eine enorme Kostenfrage. Elektroautos sind derzeit im Verhältnis noch deutlich teurer. BezieherInnen kleinerer und mittlerer Einkommen können sich einen Neuwagen mit Elektroantrieb nicht leisten, und Gebrauchtwagen mit Elektroantrieb sind noch Mangelware. Hinzu kommt, dass die Infrastruktur für das Laden der Elektroautos noch deutlich verbessert werden muss. Schwierigkeiten gibt es aktuell vor allem bei der Verfügbarkeit von Ladesäulen und ihrer Nutzung, da es bisher noch kein einheitliches System für die Bezahlung gibt. Darüber hinaus muss in Zukunft auch die Produktion der Elektroautos klimafreundlicher umgestaltet werden, so dass der CO_2-Ausstoß bei der Produktion deutlich sinkt.

Auch im Fern- und Güterverkehr besteht Handlungsbedarf. Strecken innerhalb Deutschlands müssen mit dem Zug schneller erreicht werden, so dass Flugreisen innerhalb Deutschlands überflüssig werden. Hierfür müssen das Streckennetz und die Frequenz ausgebaut werden. Zudem müssen auch Verbindungen in Nachbarländer verbessert werden. Der Warenverkehr muss von der Straße auf die Schiene, um den CO_2-Ausstoß zu verringern.

Fragen

- **Welche Pläne gibt es, um den öffentlichen Nahverkehr sowohl in der Stadt als auch im ländlichen Raum attraktiver zu gestalten?**
- **Wie kann Elektromobilität auch für kleine und mittlere Einkommen erschwinglich und alltagstauglich gestaltet werden?**
- **Welche Maßnahmen planen die politischen Parteien, um den Fern- und Güterverkehr vermehrt auf die Schiene zu verlagern?**

Internationale Zusammenarbeit

Die Eindämmung des Klimawandels ist eine Herausforderung für die gesamte Menschheit. Eine Zusammenarbeit auf internationaler Ebene ist von besonderer Bedeutung, denn nur die Summe der Anstrengungen der einzelnen Länder mit ihren nationalen Klimazielen kann die Erderwärmung auf ein möglichst geringes Niveau im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter begrenzen.

Es gibt verschiedene Kippelemente in unserem Klimasystem. Dies sind Schwellenwerte, die zu unumkehrbaren Veränderungen in unserem Erdklima führen, wenn sie einmal überschritten werden. Die Erderwärmung wird dadurch weiter beschleunigt, unabhängig davon, welche Maßnahmen anschließend noch getroffen werden. Zu diesen Kippelementen zählen unter anderem der Kollaps des Regenwaldes, das Schmelzen von Meereis, Gletschern und Permafrostböden und die Versauerung der Meere. Bereits das Überschreiten eines einzelnen Kippelements kann verheerende Folgen für viele andere Bereiche mit sich bringen. Durch Hitze und Dürreperioden, Extremwetterereignisse, Überschwemmungen, den Anstieg des Meeresspiegels und die Versalzung der Böden werden bereits jetzt die Lebensgrundlagen vieler Menschen weltweit bedroht. Langfristig werden immer mehr Menschen ihrer Lebensgrundlage beraubt und verdrängt. Dies kann ebenso zu weiteren Konflikten und Fluchtbewegungen führen.

Durch die Globalisierungsprozesse ist internationale Zusammenarbeit grundlegend für den Klimaschutz und andere Themen, da das eigene Handeln in Deutschland Auswirkungen auf das Leben in anderen Regionen der Welt hat. Es braucht vor allem international verbindliche Vereinbarungen. Das Pariser Klimaabkommen ist völkerrechtlich bindend und verpflichtet die Mitgliedsstaaten dazu, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen und Maßnahmen umzusetzen, die die Erwärmung auf möglichst 1,5 Grad Celsius begrenzen. Alle Länder müssen national festgelegte Klimaziele einreichen und diese alle fünf Jahre anpassen. Dies ist erstmals im Jahr 2020 geschehen.

Industriestaaten haben eine besondere Verantwortung, sich für ambitionierten Klimaschutz einzusetzen, da sie in besonders großem Umfang zur Klimaerwärmung beigetragen haben und dies noch immer tun. Darüber hinaus sind sie wirtschaftlich meist stärker aufgestellt und können Schwellen- und Entwicklungsländer bei der Umsetzung der Maßnahmen unterstützen. Wichtig ist, dass moderne klimaschonende und nachhaltige Technologien und Wirtschaftszweige entwickelt und etabliert werden. Dies erfordert einen Paradigmenwechsel, welcher gleichzeitig die Chance bietet, gemeinsam und auf Augenhöhe nachhaltige Konzepte zu entwickeln.

Mit dem „European Green Deal“ hat die Europäische Union eine Strategie für eine nachhaltige EU-Wirtschaft entwickelt. Das geplante Ziel ist es, bis 2050 klimaneutral zu werden. Dieses Ziel hat die Europäische Union im Dezember 2020 verbindlich bestätigt. Der „European Green Deal“ umfasst die Rahmenbedingungen für Maßnahmen und Ziele in den verschiedenen Politikbereichen, um Klimaneutralität und eine nachhaltige Wirtschaft zu erreichen.

Fragen

- **Wie kann Deutschland auf internationaler Bühne die Klimapolitik vorantreiben?**
- **Reichen die nationalen Klimaziele Deutschlands und deren Umsetzung aus, um das Pariser Klimaabkommen zu erfüllen? In welchen Bereichen muss nachgesteuert werden?**
- **Wie kann auf europäischer Ebene mehr für den Klimaschutz getan werden?**

Positionen

- **Die Klimafrage ist auch eine soziale Frage** (2019)
- **Klimaschutz – Jetzt muss angepackt werden!** (2019)
- **Verantwortung für das Klima muss Priorität haben!** (2019)

Klimaschutz aus Sicht der Kolpingjugend



Die Eindämmung und Bekämpfung der Corona-Pandemie stellt für die gesamte Welt eine Herausforderung dar. Daneben dürfen bisherige Prioritäten jedoch nicht unter den Tisch fallen. Der Klimawandel und seine Folgen werden die Zukunft junger Menschen maßgeblich beeinflussen. Um ihn zu stoppen und die Erde als Lebensraum zu schützen, muss jetzt gehandelt werden. Als Kolpingjugend unterstützen wir die Klimabewegung und das zunehmende Engagement junger Menschen und befürworten auch das Ziel der Europäischen Kommission, bis 2050 klimaneutral zu werden. Dieses Ziel kann jedoch nicht alleine erreicht werden.

Der Zusammenhalt Europas und ein verstärktes gemeinsames Handeln sind die Voraussetzung, um der Vielzahl an Herausforderungen etwas entgegenzusetzen. Die Europäische Union kann durch die Schaffung gemeinsamer und verbindlicher Standards auf Herausforderungen reagieren, die insbesondere die jüngere Generation betreffen. Es bedarf einer gemeinsamen Herangehensweise. Hierzu sind europaweite sowie national abgestimmte Konzepte nötig.

Als bundesweiter Jugendverband ist sich die Kolpingjugend auch ihrer eigenen Verantwortung bewusst und setzt sich intensiv mit diesem Thema auseinander. Fragen wie „Was können wir, was kann jeder Mensch für die Bewahrung der Schöpfung beitragen?“ begleiten uns fortwährend durch unsere Arbeit – auf allen Ebenen des Verbandes.

Um die Gesellschaft aufzuwecken und das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass jeder Mensch zur Bewahrung der Schöpfung beitragen kann, ist es wichtig, das Thema präsent zu halten und zu verbreiten.

Die Kolpingjugend hat hierfür – in Zusammenarbeit mit dem Bundesfachausschuss „Verantwortung für die Eine Welt“ – Thesen und Forderungen zum Thema Klimaschutz ausgearbeitet, mit denen sie sich auch mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl an die Politik richtet. Dabei geht es um eine Vielzahl an Themen: Energiepolitik, Verkehrspolitik, Abfallpolitik, Bildungspolitik, Landwirtschafts- und Ernährungspolitik. Wir werden in diesem Jahr verstärkt in einen Dialog mit den Verantwortlichen treten und dort unsere Anliegen darstellen und diskutieren. Wir selbst wollen in diesem Handeln bereits jetzt ein Vorbild sein.

Drei Fragen:

1. **Was können wir, was kann jeder Mensch für die Bewahrung der Schöpfung beitragen, um unsere Lebensgrundlage zu sichern?**
2. **Welche politischen Maßnahmen müssen ergriffen werden, damit Deutschland bis 2050 klimaneutral wird?**
3. **Welche Regelungen brauchen wir in der Europäischen Union im gemeinsamen Kampf gegen den Klimawandel?**



Positionierungen und Beschlüsse:

„Mehr Europa ist die Lösung – Für die Einheit Europas und gegen nationale Alleingänge“ (2016)

„Verantwortung für die Eine Welt“ – Forderungen der Kolpingjugend und des Bundesfachausschusses an die Bundesregierung (2019)

„Klimaschutz muss generationengerecht, sozial und europäisch sein“ (2020)

„Die Herausforderungen bleiben“ – Stellungnahme zu den Ergebnissen und Entwicklungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft aus Sicht der Kolpingjugend (2021)

Kolping jugend



Gesellschaftlicher Zusammenhalt

In den vergangenen Jahren rückte die Frage danach, was unsere Gesellschaft zusammenhält auch unabhängig von den Auswirkungen der Corona-Pandemie in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Debatten. Wie ein Brennglas zeigt inzwischen der Verlauf der Pandemie Verbindendes, aber auch Trennendes in unserer Gesellschaft auf.

Die schleichenden Umbrüche in Gesellschaft und Wirtschaft, Politik und Kirche wurden lange durch Globalisierung, Digitalisierung und den demografischen Wandel vorangetrieben. Doch die Corona-Pandemie wirkt wie ein Katalysator dieser Umbrüche und verschärft Herausforderungen, vor denen wir als Gesellschaft gemeinsam stehen.

Wir erleben nun eine besondere Krise, die sich diesmal nicht auf bestimmte soziale Gruppen beschränkt – mehr noch: Die Auswirkungen der derzeitigen Corona-Pandemie beschleunigen soziale Ungleichheit und verstärken sie dort, wo sie schon vor der Pandemie verbreitet war. Fragen der Vermögens- und Einkommensverteilung drängen sich ebenso auf wie Fragen nach der Verteilung zukünftiger Lasten. Konfliktlinien treten zutage, die ein Umdenken erfordern und neue Fragen aufwerfen, wie beispielsweise jene zur Generationengerechtigkeit.

Zugleich erleben wir gesellschaftliche Radikalisierungstendenzen in Sprache und Taten, die Leugnung wissenschaftlicher Fakten und die Verbreitung von Verschwörungsmythen. Auch Diskriminierung und Rassismus sind heute noch immer für viele Menschen Alltag: Laut Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes für das Jahr 2019 sind Beratungsanfragen aufgrund rassistischer Diskriminierungen erneut angestiegen.

Doch auch Positives entwickelte sich in der Krise: Solidarität, Gemeinschaft und Verantwortung wurden täglich gelebt. In den Nachbarschaften, in Vereinen und Verbänden engagieren sich nach wie vor Millionen BürgerInnen für ihre Mitmenschen. Besondere Wertschätzung erfahren in letzter Zeit vor allem diejenigen, die sich in „systemrelevanten“ Berufen tagtäglich als unverzichtbar erweisen.

Bereits vor Ausbruch der Corona-Pandemie rückten Engagierte, wie bei „Fridays for Future“ oder in zahlreichen Willkommensinitiativen für Geflüchtete, ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Auf dieses breite gesellschaftliche Engagement lässt sich aufbauen und es lässt sich stützen.

Gesellschaft und Gerechtigkeit

Das Kolpingwerk Deutschland ist in seinem Leitbild deutlich: „Wir wollen, dass jeder Mensch seine Chance erhält.“ Doch für Chancengleichheit sind die Corona-Jahre 2020/21 eine besondere Herausforderung.

Ein Beispiel dafür ist die Ungleichheit im Bildungszugang. Diese wird durch den pandemiebedingten Lockdown noch verstärkt, insbesondere im Zuge des sogenannten Homeschooling. Die Teilnahme an einer Videokonferenz stellt für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene vor allem aus sozial benachteiligten Familien oftmals eine unüberwindbare Hürde dar, die gesellschaftliche Teilhabe verhindert. Dadurch entstandene Ungleichheiten müssen aufgeholt und die langfristigen Folgen abgemildert werden. Für das Kolpingwerk ist der Zugang zu Bildung die Voraussetzung um gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Auf den Abbau bestehender und verstärkter Defizite ist hinzuwirken.

Die Bundesregierung hat als Reaktion auf die Auswirkungen der Pandemie wichtige finanzielle Unterstützung zugesichert. Zuschläge für Familien und von Armut bedrohte Menschen, Steuerhilfen für Unternehmen, Ausbildungsbonus, Unterstützung für Kulturschaffende – dies alles sind notwendige Maßnahmen. Gleichwohl wird unausweichlich Konfliktpotential in Fragen der Generationengerechtigkeit deutlich. Je weniger die aktuellen Schulden in die Zukunftsfähigkeit fließen, umso eher werden sie zur Hypothek für zukünftige Generationen. Für das Kolpingwerk ist es vor dem Hintergrund der aktuell entstandenen Schuldenlast dennoch wichtig, dass nicht überproportional auf bereits bestehende Vorhaben in der Sozialpolitik oder der Nachhaltigkeitspolitik verzichtet wird.

Gerade in Umbruchprozessen wie diesen braucht es Rückhalt, soziale Kompetenzen und Teilhabe sowie eine gesamtgesellschaftliche Orientierung. Damit Wohlstand, Gerechtigkeit und Teilhabe weiterhin zum gesellschaftlichen Frieden beitragen, ist die bewährte soziale Marktwirtschaft weiterzuentwickeln. Es braucht dazu eine Neuorientierung in der Sozialpolitik, die sich traditionell aus einer wachsenden Ökonomie bediente – hin zu einem sozial-ökologischen und nachhaltigen Wachstum.

Verstärkt zutage getreten sind auch gesellschaftliche Spaltungstendenzen. Nicht nur die Unzufriedenheit, sondern schlichtweg die Ablehnung von Corona-Maßnahmen und das Leugnen von wissenschaftlichen Fakten haben in den letzten Jahren deutlich mehr Raum in der Gesellschaft eingenommen. Wir haben erlebt, wie Ängste und Unsicherheit in der Bevölkerung mittels Falschmeldungen instrumentalisiert werden oder wie öffentlich zu Gewalt und Hetze aufgerufen wird. Hiermit einher geht eine Vertrauenskrise in zentrale Institutionen unserer Demokratie sowie eine teils feindliche Einstellung zu Medien. Dies kommt auch in der Wahl von Parteien zum Ausdruck, die auf die Destabilisierung gesellschaftlicher Institutionen ausgerichtet sind.

Das Kolpingwerk sieht es als dringliche Aufgabe an, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland bestmöglich zu fördern und Spannungen entgegenzuwirken. Politische Debatten sind Kennzeichen einer lebendigen Demokratie – doch Reichskriegsflaggen vor dem Bundestagsgebäude sind es nicht.

Die Auswirkungen von Rassismus und Antisemitismus mündeten zuletzt in den fürchterlichen Angriffen von Hanau und Halle, die zugleich einen Angriff auf Demokratie und Menschenwürde bedeuten. Radikalisierungstendenzen gegenüber gesellschaftlichen Milieus gilt es nicht nur entgegenzuwirken, sondern sie aktiv zu bekämpfen. Dazu gehört auch eine Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements. Vom ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagement leben nicht nur Vereine und Verbände, sondern die Gesellschaft als Ganzes.

Fragen

- **Welche Folgen müssen mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt aus der Corona-Pandemie gezogen werden?**
- **Wie können Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe besser ermöglicht werden?**
- **Wo gilt es anzusetzen, um gesellschaftlichen Zusammenhalt voranzutreiben?**

Ehrenamt

Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, leisten einen erheblichen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und sie sind auch bei der Bewältigung der gegenwärtigen Corona-Pandemie nicht wegzudenken: Sie ergänzen staatliche Strukturen, von der Kinderbetreuung bis hin zur Begleitung kranker und sterbender Menschen.

Um dieser bedeutenden Rolle gerecht zu werden, benötigen ehrenamtlich Engagierte Aufmerksamkeit und Anerkennung durch Gesellschaft und Politik. Im Jahr 2020 wurde die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt gegründet. An diese richtet das Kolpingwerk Deutschland den Wunsch, Fortbildungsbedarfe in den bundesweit agierenden und föderal strukturierten Freiwilligenverbänden zu finanzieren. Mit Blick auf belastbare Zahlen und Fakten zur in Deutschland geleisteten Gesellschaftsarbeit bietet der zweite Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland aus dem Jahr 2017 einen guten Überblick.

Die Ergebnisse werden im Folgenden zusammenfassend wiedergegeben:

- Zwischen 1960 und 2012 stieg die Zahl der eingetragenen Vereine von etwa 86.000 auf rund 580.000. Zeitgleich verdoppelte sich der Anteil jener BürgerInnen, die sich für Gesellschaft und Kirche engagieren.
- Für die zurückliegenden Jahre deuten einige Studien darauf hin, dass der Anteil der BürgerInnen, die regelmäßig Gesellschaftsarbeit leisten, stabil bleibt.
- Deutlich verschoben hat sich jedoch das Verhältnis zwischen den Engagierten, die regelmäßig oder unregelmäßig Gesellschaftsarbeit leisten: Ein großer Teil der BürgerInnen engagiert sich seltener als einmal im Monat.
- Damit einher geht auch, dass die für Gesellschaftsarbeit individuell aufgebrachte Zeit weiter zurückgegangen ist. Während 1999 noch 23 Prozent der Engagierten sechs oder mehr Stunden in der Woche Gesellschaftsarbeit leisteten, waren dies ihm Jahr 2009 nur noch 19 Prozent.

Letzterer Befund wird als Beleg für einen Strukturwandel von Gesellschaftsarbeit diskutiert. So haben sich Lebensformen und Formen des Engagements ausdifferenziert: Informelle Strukturen werden häufiger gewählt, um möglichst große Gestaltungsmöglichkeiten nutzen zu können. Gesellschaftsarbeit wird somit häufiger sporadisch beziehungsweise zeitlich befristet geleistet und steht somit einer kontinuierlichen Beteiligung oder gar Mitgliedschaft in einem Verein oder Verband entgegen.

Zugenommen haben insgesamt die Optionen, Gesellschaftsarbeit zu leisten: Das Aufkommen thematischer Gruppierungen (wie etwa Umweltschutzgruppen) sowie Engagement in Schulen und Betreuungseinrichtungen eigener Kinder und auch die gestiegene Anzahl an Vereinen verdeutlichen, dass ein Ungleichgewicht entsteht, wenn der Anteil derjenigen BürgerInnen insgesamt nicht größer wird, die Gesellschaftsarbeit leisten wollen und können.

Zur Beantwortung der Frage, was Menschen aktuell davon abhält, Gesellschaftsarbeit zu leisten, können insbesondere zwei wesentliche Gründe benannt werden: Bürokratische Hürden (hoher Anteil an bürokratischem Aufwand, sodass wenig Zeit für die eigentliche ideelle Tätigkeit bleibt) sowie Haftungsfragen und rechtliche Unsicherheiten insbesondere bei jenen, die für Vorstandsämter in Frage kommen. Zudem sind Sorgearbeit und Anforderungen des Erwerbslebens mit den zeitlichen Korridoren zu vereinbaren, die je individuell für ein Ehrenamt zur Verfügung stehen können.

Fragen

- **Welche Schritte sollen unternommen werden, um den bürokratischen Aufwand im Ehrenamt zu verringern?**
- **Wie kann eine Weiterqualifizierung ehrenamtlich Engagierter finanziell unterstützt und umgesetzt werden?**
- **Wie können auch diejenigen Engagierten, die nicht in Vereinen und Verbänden organisiert sind, gezielt unterstützt werden?**

Rassismus, Antisemitismus, Integration

Dass gesellschaftlicher Zusammenhalt keine Selbstverständlichkeit, sondern im Gegenteil ein hohes und schützenswertes Gut ist, für das sich eine Gesellschaft aktiv und engagiert einsetzen muss, hat die Geschichte schon vielfach gezeigt.

Attentate wie die in Halle im Oktober 2019 und Hanau im Februar 2020, bei denen Menschen ums Leben gekommen sind, zeigen deutlich, was eine Spaltung der Gesellschaft bedeutet und warum diese um jeden Preis zu verhindern ist. Diese Taten machen fassungslos und traurig. Es ist Aufgabe der Gesellschaft und die Verpflichtung der Politik dafür zu sorgen, dass alle Menschen ohne Angst leben können.

Rassismus hat viele Gesichter und schreibt Menschen aufgrund verschiedener Merkmale bestimmte Eigenschaften und Veranlagungen zu, durch die sie abgewertet und ausgeschlossen werden. Das hat Auswirkungen auf die gesellschaftliche Integration der Betroffenen, sowie ihre Chancen und Teilhabe in der Gesellschaft. Abwertende Blicke, Witze oder Vorurteile sind Teil davon. Erkenntnisse aus der Forschung zeigen, dass es auch einen strukturellen Rassismus in Institutionen und Einrichtungen geben kann. Zu erkennen, wo Menschen unter Benachteiligungen – auch durch Verwaltung oder in der Bildung – leiden, ist eine große Herausforderung.

Deshalb sind alle gefordert, ihr Handeln und Denken zu reflektieren und ebenso andere darauf hinzuweisen. Dies erfordert Mut, Offenheit und Dialogbereitschaft. Um ein grundlegend besseres Verständnis für die Folgen von Diskriminierung zu schaffen, braucht es eine umfassende politische Bildungsarbeit für alle Altersgruppen und Bildungseinrichtungen, gerade für VerantwortungsträgerInnen. Insbesondere die historische Erfahrung Deutschlands und Europas verpflichtet dazu, Bildungsarbeit in diesem Bereich als integralen Bestandteil des Rechtsstaats zu betrachten. Rassismus und Antisemitismus haben keinen Platz in unserer Gesellschaft.

Insbesondere seit 2015 erleben wir die Debatte um die Integration von Geflüchteten und MigrantInnen als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wie können wir Geflüchtete bestmöglich in unsere Gesellschaft integrieren und gemeinsam als tolerante Gemeinschaft unser Zusammenleben organisieren? Hier stellen sich häufig Fragen nach dem Zugang zu Sprach- und Integrationskursen, Zugang zum Arbeitsmarkt, Anerkennung von Qualifikationen und Kompetenzen. Genauso wichtig ist jedoch auch immer, dass der Kontakt und Austausch zwischen Asylsuchenden und der Aufnahmegesellschaft bereits früh gefördert wird, um Toleranz und Verständnis füreinander zu fördern.

Das Jahr 2020 war ein schwieriges Jahr für Integration. Integration lebt von Kontakt und Austausch, doch durch die Corona-Pandemie wurden Kontakte auf ein Minimum reduziert, Maßnahmen konnten nicht mehr in Präsenz stattfinden und digitale Formate waren für viele Geflüchtete aufgrund mangelnder Ausstattung unzureichend nutzbar. Hierfür bedurfte es kreativer Lösungen und Mittel, um dennoch in Zeiten von Kontaktbeschränkungen Austausch und Unterstützung anzubieten. Eine Teilhabe war oft nur unter erschwerten Bedingungen möglich. Sprache, Toleranz und Offenheit gegenüber kulturellen Unterschieden aller Beteiligten sind Voraussetzungen, um miteinander ins Gespräch zu kommen und Integration zu ermöglichen. Gesellschaftliche Teilhabe kann nur in einem gemeinschaftlichen Miteinander entstehen. Basierend auf dem Prinzip der „Zusammenarbeit auf Augenhöhe“ können gemeinsame Vorhaben und Strategien entwickelt sowie die Bereitschaft zum Perspektivwechsel und das Teilen von Verantwortung gefördert werden.

Fragen

- **Wie kann die Politik angemessen auf Antisemitismus und Rassismus reagieren?**
- **Wie kann gesellschaftliche Teilhabe für neu zugewanderte Menschen erreicht werden?**
- **Durch welche Maßnahmen kann Integration von Geflüchteten und MigrantInnen möglichst früh gefördert werden?**

Positionen

- **Integration statt menschenverachtende Stimmungsmache** (2015)
- **Integration als gesellschaftliche Herausforderung begreifen** (2016)
- **Die AfD ist keine Alternative!** (2019)
- **Förderung muss dort ansetzen, wo Erfahrungen und Kompetenzen vorhanden sind** (2020)

Gesellschaftlicher Zusammenhalt aus Sicht der Kolpingjugend



Foto: Svea Pietschmann

Ehrenamtliches Engagement hält unsere Gesellschaft zusammen. Jugendverbände setzen sich aktiv für gemeinschaftliches und solidarisches Handeln ein und bieten non-formale Bildungsangebote an. Diese sind für den Erhalt und Ausbau von Freiräumen für junge Menschen entscheidend. Durch die Übernahme von Verantwortung können junge Menschen ihre eigenen Fähigkeiten einsetzen und neue Erkenntnisse gewinnen. Junge Menschen sind ein Teil der engagierten Zivilgesellschaft, die unsere Demokratie trägt.

Die immer weiter zunehmende Bürokratisierung, gesetzliche Regelungen und eine drohende Haftung machen es für Vereine und Verbände jedoch immer schwieriger, Ehrenamtliche zu mobilisieren und zu halten. Junge Menschen sind häufig verunsichert von der enormen Fülle und Komplexität an Vorschriften, die ihr ehrenamtliches Engagement belastet. Es ist deshalb wichtig, dass Rahmenbedingungen für Vereine verbessert und Gesetze engagementfreundlicher ausgestaltet werden.

Jugendverbände wie die Kolpingjugend engagieren sich für eine solidarische, offene und demokratische Gemeinschaft und geben jungen Menschen die Möglichkeit, sich auszuprobieren und zu lernen. Die Kolpingjugend steht für Nächstenliebe, Vielfalt und Gemeinschaft. Wir setzen uns für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen, unabhängig von Herkunft oder Religion in einer offenen und demokratischen Gesellschaft ein.

Die politischen Entwicklungen in Deutschland und in Europa verfolgen wir sehr aufmerksam und nehmen wahr, dass rechte Gruppierungen und Parteien versuchen, ihren Vorteil aus den aktuellen Problemen und der zunehmenden Verunsicherung in der Bevölkerung zu ziehen. Gleichzeitig stellen sie ein geeintes Europa und dessen Werte in Frage und verbreiten nationalistische Gedanken.

Als Jugendverband mit freiheitlichen, demokratischen und christlichen Werten setzen wir uns für eine Förderung des Dialogs zwischen unterschiedlichen Kulturen und Religionen ein. Eine verstärkte Auseinandersetzung ist die Chance für die Stärkung einer interkulturellen Gesellschaft. Mit Blick auf die anstehenden Bundestagswahlen stellen wir uns weiterhin gegen jegliche Art von Rechtspopulismus, nationalistischem Denken und Abschottung.

Drei Fragen:

1. **Wie können die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement in der Jugendverbandsarbeit verbessert werden?**
2. **Wie kann eine bessere Vereinbarkeit von ehrenamtlichem Engagement und den Anforderungen der Arbeitswelt erreicht werden?**
3. **Wie können Vorurteile, Fremdenhass und Rassismus in der Gesellschaft überwunden und eine Begegnung von Menschen auf Augenhöhe angstfrei, vorurteilsfrei und wertschätzend möglich gemacht werden?**

Positionierungen und Beschlüsse:

„Wir stehen für ein Wir" (2017)

„Ehrenamt ist eine starke Sache!" (2020)

Methodische Anregungen für Veranstaltungen

Bereits seit über einem Jahr hält die Corona-Pandemie die Welt in Atem. Die beschlossenen Einschränkungen prägen unser gesellschaftliches Leben und unseren Alltag. Doch mittlerweile sind viele Initiativen entstanden, um kreativ mit den aktuellen Bedingungen umzugehen.

Auch mit Blick auf den Bundestagswahlkampf 2021 und den damit einhergehenden Veranstaltungen sind die geltenden Kontaktbeschränkungen zu beachten. Je nach regionaler Ausgangslage werden Veranstaltungen – voraussichtlich zumindest teilweise – in Präsenz oder ausschließlich online stattfinden. In den anstehenden wärmeren Monaten wäre es sicherlich auch denkbar, Veranstaltungen außerhalb geschlossener Räume durchzuführen. Nachfolgend sollen einige Beispiele für Veranstaltungsformate wiedergegeben werden.



Podiumsdiskussion/ Themendiskussion

Als „klassisches Format“ kann eine Podiumsdiskussion mit mehreren PolitikerInnen geplant werden. Die Diskussion lebt von interessanten Menschen und verschiedenen inhaltlichen Positionen, die dazu anregen, die eigenen Präferenzen hervorzuheben.

Es bieten sich unterschiedliche Varianten von inhaltlichen Formaten an:

- VertreterInnen verschiedener Parteien diskutieren über verschiedene Themen
- Es erfolgt vorab eine Festlegung auf ein besonders interessantes Politikfeld
- Es wird mit nur einem politischen Gast diskutiert, sodass auf einzelne Aspekte und Themen detaillierter eingegangen werden kann; dies könnte zu einer Veranstaltungsreihe mit jeweils verschiedenen Gästen pro Veranstaltung ausgebaut werden





Neben einer Diskussion in Präsenz besteht auch die Möglichkeit, eine Veranstaltung digital durchzuführen. So ist es möglich, mit verschiedenen PolitikerInnen im „virtuellen Raum“ zu diskutieren. Als Videokonferenz oder Stream können sich die Gäste über eine Chatfunktion mit Fragen und Rückmeldungen beteiligen.

Eine digitale Veranstaltung kann sogar von Vorteil sein, wenn es darum geht, ReferentInnen zu gewinnen. So können sich Kandidierende für den Deutschen Bundestag für 60 Minuten digital in eine Veranstaltung zuschalten, ohne dass eine lange Anreise aus Berlin oder andernorts nötig wird. Dadurch lässt sich die Auswahl an ReferentInnen womöglich sogar deutlich erweitern und auch die Teilnahmebereitschaft erhöhen. Dies gilt auch für Interessierte, die aufgrund einer weiteren Entfernung zum Veranstaltungsort oder aus zeitlichen Gründen eine digitale Teilnahme bevorzugen.

Daneben muss bedacht werden, welche Bestandteile einer Präsenzveranstaltung digital umsetzbar sind: Eine Podiumsdiskussion mit sechs ReferentInnen ist digital eher unübersichtlich, so dass sich eher Gespräche mit zwei Gästen anbieten. Es muss auch berücksichtigt werden, dass sich die Beteiligung ändern wird, da weniger medienaffine Personen ihre Fragen nicht einbringen können oder wollen. Hier kann es helfen, dass Fragen vorher durch die VeranstalterInnen gesammelt und durch die Moderation eingebracht werden. Außerdem entfällt der informelle Teil des Austausches vor und nach der Veranstaltung.

Angesichts möglicher Kontaktbeschränkungen und eines erhöhten Infektionsrisikos bieten digitale Veranstaltungen derzeit eine geeignete Alternative Sie können die gewohnten Formen von direktem Austausch und Begegnung zwar nur bedingt ersetzen. Sie können aber langfristig eine Ergänzung zu den üblichen Formaten in Präsenz darstellen. Insofern bietet der Bundestagswahlkampf in diesem Jahr eine Chance, Neues auszuprobieren und Positives als Alternative für die Zukunft beizubehalten.

Weitere Formate

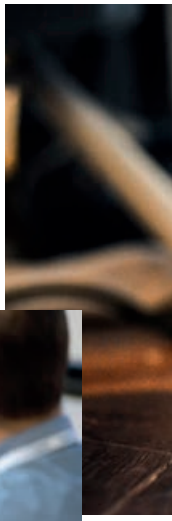
Neben den beschriebenen klassischen Diskussionsformaten könnte beispielsweise ein Bildungsabend in Präsenz oder digital durchgeführt werden, auf dem etwa ein bestimmtes Politikfeld im Fokus steht. Als Grundlage kann etwa ein Vergleich der Wahlprogramme der Parteien dienen. Diese erscheinen in der Regel im Juli.

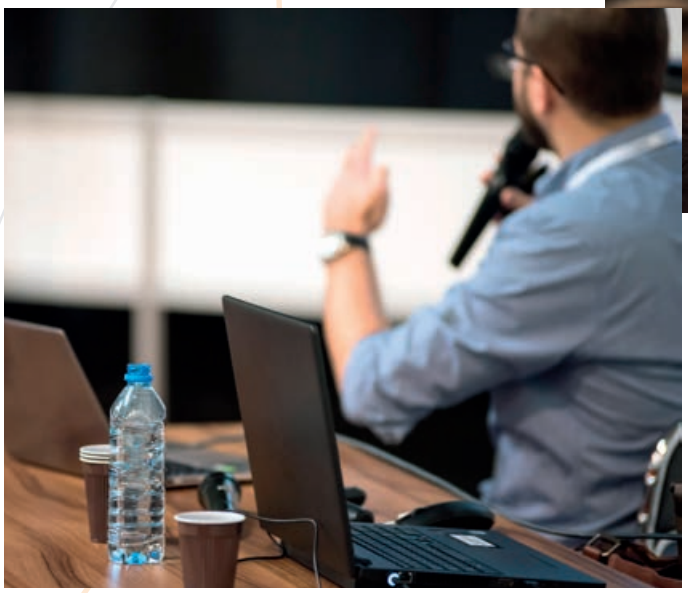
Zudem können VertreterInnen einzelner Parteien im Vorfeld oder Nachgang zu einer Veranstaltung schriftlich (z. B. per E-Mail) befragt werden. Dies bietet sich insbesondere für eine Veranstaltungsreihe an, in deren Rahmen offene Fragen benannt, beantwortet und debattiert werden. Mit den nachstehenden Ausführungen möchten wir zu weiteren Veranstaltungsformaten anregen.

- Themenabende mit FachexpertInnen aus Verbänden, Organisationen und Gewerkschaften, um sich inhaltlich mit bestimmten Themen intensiver zu befassen

- Interaktive Diskussion von Positionierungen: Es wird eine These genannt und die eingeladenen Gäste müssen sich auf einer Linie zwischen „Stimme ich voll zu“ bis „Stimme ich gar nicht zu“ positionieren und bekommen dann noch die Möglichkeit, kurz zu erklären, warum sie sich so positionieren; entsprechende Rückmeldungen können auch per E-Mail oder Videostatement eingeholt und vorgestellt werden

- Ein „Wahl-Flashmob“: Es kommen viele Menschen zu einer offensichtlich spontanen Aktion an einem bestimmten Ort zusammen, um ein gemeinsames politisches Anliegen zu artikulieren oder auf einen bestimmten gesellschaftlichen Missstand aufmerksam zu machen; dies dauert in der Regel nur ein paar Minuten und kann auch unter Einhaltung der Abstandsregeln funktionieren





Aufgaben der Moderation

Egal ob in Präsenz oder digital: Der bzw. die ModeratorIn einer Veranstaltung ist „GastgeberIn“ und vermittelt zwischen unterschiedlichen GesprächspartnerInnen.

Nachfolgend sind die verschiedenen Aufgaben im Rahmen einer gelungenen Moderation aufgeführt:

Gespräch vorbereiten	■ TeilnehmerInnen einladen und über Rahmenbedingungen (Zeit/Raum/Inhalte) informieren ■ Für eine gute Atmosphäre und einen gelungenen Einstieg durch thematische Hinführung sorgen
Gespräch leiten	■ Begrüßung und Organisatorisches (Ablauf/Thema/Zeit) ■ Gesprächsregeln benennen
TeilnehmerInnen unterstützen	■ Alle TeilnehmerInnen im Blick haben und möglichst viele Teilnehmende zu Wort kommen lassen (Beachtung von Geschlechtervielfalt und Altersgruppen) ■ Gegebenenfalls an die Gesprächsregeln erinnern
Neutral bleiben	■ Beiträge aufnehmen und inhaltliche Übergänge gestalten ohne zu bewerten ■ Eigene Meinung zurückhalten und nicht mitdiskutieren ■ Sich um eine gleiche Behandlung aller Beteiligten bemühen
Ende der Veranstaltung	■ Das Ende der Veranstaltung „einläuten“: Auf den zeitlichen Rahmen hinweisen und die Ergebnisse zusammenfassen ■ Abschlussrunde gestalten, in der alle GesprächsteilnehmerInnen kurz zu Wort kommen ■ Ausblick auf weitere Termine und Aktionen geben



Hinweise zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Eine gelungene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit kann dabei helfen, die Veranstaltung im Vorfeld publik zu machen, um interessierte TeilnehmerInnen zu erreichen. Sie kann aber auch im Nachgang dazu dienen, um die eigenen Aktivitäten in der Umgebung bekannt zu machen. Hier finden sich einige Tipps:

- Kontakt zur örtlichen Presse: Veranstaltungen dieser Art bieten eine gute Gelegenheit, sich bei den lokalen Medien bekannt zu machen. Dazu gehören nicht nur Zeitungen, sondern auch lokale Radio- und Fernsehsender, die mit ausreichend zeitlichem Vorlauf informiert werden. Auch Social Media (z. B. Facebook, Instagram, Twitter) bieten die Möglichkeit, schon im Vorhinein Kontakte zu knüpfen, auf die Veranstaltung hinzuweisen und Reichweite zu generieren.

- Flyer und Plakate können sowohl digital als auch analog verteilt und zum Bewerben von Terminen und Veranstaltungen genutzt werden. Auch die Pfarrnachrichten oder die Schaukästen der Gemeinde eignen sich hierfür. Um darüber hinaus Personen anzusprechen, können Plakataufsteller vor der Kirche aufgestellt oder Plakate auf Nachfrage in Geschäften oder Kitas aufgehangen werden.

- Wenige Tage vor der Veranstaltung kann ein erneuter Hinweis auf die Veranstaltung an verschiedene Medien gesendet werden, damit diese den Termin in ihre Redaktionspläne aufnehmen, eventuell auch persönlich teilnehmen und anschließend darüber berichten.

- Für die eigene Berichterstattung, z. B. auf einer Webseite oder in Social Media, bietet sich das Erstellen von aussagekräftigen Fotos und Texten an. Diese können dann bei Bedarf und nach Rücksprache natürlich auch Redaktionen zur Verfügung gestellt werden, im besten Fall gespickt mit prägnanten Zitaten der TeilnehmerInnen.

- Einen guten Überblick zum Umgang mit lokaler Presse und Tipps zur Öffentlichkeitsarbeit rund um Veranstaltungen finden sich etwa auf der folgenden Website: *https://vereinsplaner.at/c/oeffentlichkeitsarbeit-im-verein*

Wen einladen?

Wer eine Veranstaltung plant (Kolpingsfamilie, Jugendgruppe, Bezirks- oder Diözesanverband), ist frei in der Auswahl der Gäste. Grundsätzlich gilt: Eine Demokratie lebt vom freien Wettbewerb der Meinungen und Lösungskonzepte. Jede Einschränkung dieses Wettbewerbs bedarf einer plausiblen Begründung:

- Eine Begrenzung ergibt sich aus der zeitlichen Strukturierung der Veranstaltung. Sollen die Teilnehmenden ausreichend Redezeit erhalten und soll eine angemessene Anzahl an Themen diskutiert werden, muss genügend Zeit und eventuell eine Redezeitbegrenzung berücksichtigt werden.

- Auch die Nichteinladung extremer Parteien ist ein Thema. Dabei ist das Prinzip des freien und demokratischen Wettbewerbs gegen das Risiko abzuwägen, solchen Parteien ein Forum zu bieten, deren Ansichten den eigenen und verbandlichen Grundüberzeugungen grundlegend widersprechen. Diese Frage sollte im jeweiligen Vorstand gründlich erörtert werden.

- Bei KandidatInnen von Parteien, die bereits durch extreme Meinungsäußerungen oder Verhaltensweisen aufgefallen sind, sollte eine Einladung wohl überlegt sein. Hier kommt einer erfahrenen und durchsetzungsfähigen Moderation eine Schlüsselfunktion zu.

- In Bezug auf eine Einladung von Mitgliedern der Partei AfD können die Stellungnahme des Bundesvorstandes („Die AfD ist keine Alternative!“) sowie die gleichnamige Handreichung des Kolpingwerkes Deutschland hinzugezogen werden.

Anzeige



Foto: pixabay.com

Fördern, was wichtig ist.

Die Welt wurde nicht für einzelne oder wenige, sondern für alle Menschen geschaffen. Somit gehört die Bewahrung der Schöpfung zu unseren wichtigsten Aufgaben. Die Stiftung investiert in Projekte und fördert Vorhaben, die Nachhaltigkeit in den Fokus rücken.

Ihre Ansprechpartnerin für
ZUSTIFTUNGEN
Svenja Thomas
Tel: (0221) 20701-205

- **IBAN: DE13 3705 0299 0000 1268 61**

Kolping

Gemeinschaftsstiftung
Kolpingwerk Deutschland

Aktionen und Veranstaltungen des Kolpingwerkes Deutschland

Kolping
Kolpingwerk Deutschland

Kölner Gespräche 2021





Kölner Gespräche des Kolpingwerkes Deutschland

Seit 2006 lädt das Kolpingwerk Deutschland jährlich zu den „Kölner Gesprächen“ ein. Eingeladen sind dazu engagierte Mitglieder, Mandatsträger und Leitungsverantwortliche in den Diözesan- und Landesverbänden/Regionen unseres Verbandes sowie Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft, Gesellschaft und Kirche.

Die „Kölner Gespräche“ verstehen sich als DAS jährliche gesellschaftliche Ereignis unseres Verbandes. Gesellschaftliche, kirchliche und verbandliche Themen werden in den öffentlichen Diskurs gebracht. Pandemiebedingt mussten im Jahr 2020 die Kölner Gespräche leider ausfallen.

In diesem Jahr schauen wir auf 1.700 Jahre jüdischen Lebens in Deutschland zurück – im Jahre 321 wird in einem Edikt des römischen Kaisers Konstantin erstmalig eine jüdische Gemeinde hier in Köln erwähnt. Die „Kölner Gespräche“ am Samstag, den 13. März 2021 um 15 Uhr nehmen wir deshalb zum Anlass, daran zu erinnern und zugleich bewusst ein deutliches Zeichen gegen den wachsenden Antisemitismus zu setzen. Wir freuen uns darüber, dass Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, zugesagt hat, in diesem Jahr zum Thema „Gegen das Vergessen“ zu sprechen.

Pandemiebedingt wird es ein digitales Veranstaltungsformat geben. Die Veranstaltung wird vorab aufgezeichnet und am 13. März online verfügbar gemacht. Weitere Informationen auf *www.kolping.de*.

Der Josefstag

Der Josefstag ist ein bundesweiter Aktionstag am Namenstag des heiligen Josef, dem 19. März, an dem das Engagement und die Arbeit der Jugendsozialarbeit in katholischer Trägerschaft dargestellt wird. Damit wird Interessierten die Möglichkeit gegeben, diese Arbeit kennenzulernen und zu erfahren.

Das Kolpingwerk möchte den Josefstag in diesem Jahr nutzen, um im Rahmen der Bundestagswahl die jungen Menschen in den Blick zu nehmen, die Probleme haben, eine Ausbildung zu finden und diese ohne Unterstützung erfolgreich abzuschließen. Denn gerade diese jungen Menschen waren in manchen Aspekten deutlich stärker als solche in Ausbildung von den Einschränkungen der Pandemie betroffen, etwa weil digitales Lernen nur in viel geringerem Umfang möglich war. Auch der Rückgang an Ausbildungsstellen schränkt sie in ihrer Lebensperspektive deutlich mehr ein.

In einer Online-Diskussion soll die aktuelle Situation am Ausbildungsmarkt dargestellt und Handlungsmöglichkeiten diskutiert werden. Ein Schwerpunkt soll dabei die Unterstützung durch das Kolping-Jugendwohnen sein.



Foto: https://www.bagkjs.de

Das Josefschutzfest – damals und heute

Auf ein 170-jähriges überörtliches verbandliches Wirken konnten wir als Kolpingwerk im vergangenen Jahr blicken! Auf Anregung Adolph Kolpings schlossen sich in Düsseldorf am 20. Oktober 1850 die drei katholischen Gesellenvereine Düsseldorf, Elberfeld und Köln zum „Rheinischen Gesellenbund“ zusammen. Es war die eigentliche Gründung unseres Verbandes und der Beginn seines überörtlichen Wirkens als katholischer Sozialverband in Gesellschaft und Kirche bis heute.

Neben der Beschlussfassung über ein sogenanntes „Bundesstatut“ wurde Adolph Kolping zum Präses des Rheinischen Gesellenbundes gewählt. Zugleich wurde der Heilige Josef zum „Patron des Bundes“ erwählt und Johann Gregor Breuer – der Gründer des Elberfelder Gesellenvereins – mit der Erstellung eines gemeinsamen Vereinsliederbuches beauftragt.

Neben dem Kolpinggedenktag – der seit 1933 ebenfalls jährlich im Dezember begangen wird – gehört das Josefschutzfest zu den „Hochfesten“ unseres Verbandes. Steht am Kolpinggedenktag unser Verbandsgründer – der selige Adolph Kolping – im Mittelpunkt, wird das Josefschutzfest jeweils im Umfeld des 1. Mai, dem Fest des Heiligen Josef des Werktätigen, gefeiert.

Neben der gemeinsamen Feier des Gottesdienstes treffen sich anschließend die Mitglieder der Kolpingsfamilie. Zugleich findet auch in diesem Rahmen die Aufnahme der Neumitglieder statt. Auch wenn wir heute nicht mehr der „Verband katholischer Gesellenvereine“ sind, so steht bis heute das Josefschutzfest inhaltlich vor allem unter dem Gedanken der Berufs- und Arbeitswelt. In der Programmatik unseres Verbandes – dem Leitbild „Kolping – verantwortlich leben, solidarisch handeln“ – haben wir unser Engagement als katholischer Sozialverband und als anerkannte Arbeitnehmerorganisation in den Ziffern 71–78 [1] beschrieben.

Gerade mit Blick auf die anstehenden Wahlen zum Bundestag bietet sich erneut die Gelegenheit, Fragestellungen zur Arbeitswelt aufzugreifen. Im Rahmen eines digitalen Veranstaltungsformates, das Anfang Mai stattfinden soll, werden wir das Thema Arbeit und Soziales aufgreifen. Dazu erscheinen frühzeitig Informationen auf www.kolping.de sowie im Newsletter des Kolpingwerkes Deutschland.

[1] *https://www.kolping.de/fileadmin/user_upload/Presse_und_Medien/News/2018/11/Leitlinien_des_KWD_Wir_gestalten_Arbeitswelt_mit.pdf*



Foto: https://vor-ort.kolping.de/kolpingsfamilie-lippstadt

wahlweise ’21 – digital bei Kolping



Die Auswirkungen der Corona-Pandemie werden ganz ohne Zweifel beherrschendes Thema des Bundestagswahlkampfes sein. Dies soll allerdings nicht den Blick dafür verstellen, dass viele andere – vor allem auch zukunftsweisende – Fragestellungen die Wählerinnen und Wähler umtreiben: Von der Klima- über die Familienpolitik bis hin zu Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und den Umbrüchen in der modernen Arbeitswelt.

Das Kolpingwerk Deutschland wird daher im Mai/Juni mit „wahlweise ´21 – digital bei Kolping“ ein onlinegestütztes Format (*www.kolping.de/wahlweise21*) anbieten, um unter anderem mit fachpolitischen SprecherInnen der Bundestagsfraktionen zu diesen ausgewählten Fragestellungen ins Gespräch zu kommen.

Die Veranstaltungsreihe findet jeweils mittwochabends statt. Informationen zu Terminen und Themen erscheinen regelmäßig auf *www.kolping.de* sowie im Newsletter.

Jugendpolitische Praxiswoche



Politik hautnah im Deutschen Bundestag

Die Jugendpolitische Praxiswoche (JPPW) ist eine jährlich stattfindende politische Bildungsveranstaltung der Kolpingjugend. Diese bietet interessierten Teilnehmenden im Alter von 18–30 Jahren die Möglichkeit, eine Woche lang ein Mitglied des deutschen Bundestages (MdB) im Alltagsgeschäft zu begleiten und die Arbeit in einem Berliner Abgeordnetenbüro hautnah kennenzulernen. Mit ihrem 20-jährigen Bestehen ist die JPPW inzwischen eine etablierte Veranstaltung im politischen Berlin, die den teilnehmenden jungen Erwachsenen neben Gesprächen mit Abgeordneten und deren Begleitung in Ausschüsse und Arbeitskreise auch ein vielseitiges Rahmenprogramm anbietet, bestehend aus exklusiven Gesprächen mit PolitikerInnen, Führungen durch Ministerien und das politische Berlin sowie ein Abendprogramm, z. B. dem Besuch einer Polit-Talkshow oder eines parlamentarischen Abends.

Die Teilnehmenden erfahren während der jugendpolitischen Praxiswoche Hintergründe von politischen Entscheidungen aus erster Hand und erleben, welche Entscheidungen Abgeordnete treffen müssen, wie Beschlüsse vorbereitet, Anträge gestellt sowie Interessen gebündelt und vertreten werden. Begleitet und ausgewertet werden diese Eindrücke in methodisch angelegten Tagesreflexionen durch die Leitung. Die JPPW findet unter Leitung des oder der jugendpolitischen BildungsreferentIn und in Kooperation mit dem Büro der Bundestagsabgeordneten und Kolping-Bundesvorsitzenden Ursula Groden-Kranich statt.

Die Jugendpolitische Praxiswoche zeigt, dass junge Menschen nicht politik- oder parteienverdrossen sind, sondern sich sehr wohl für politische Entscheidungen und Prozesse interessieren. Direkte Begegnungen und Gespräche sind der beste Weg, um Berührungsängste und Vorurteile abzubauen und für politisches Engagement zu begeistern.

Kolpingjugend

Gleichzeitig dient die Praxiswoche auch der Interessenvertretung der Jugendarbeit. In zahlreichen Treffen und Gesprächen mit politischen Akteuren in formellen und informellen Settings können junge Menschen ihre Interessen an die Politik adressieren. Neben der allgemeinen Interessenvertretung können in diesen Gesprächen bzw. in den Kontakten auch die besonderen verbandlichen Themen angesprochen werden.

Aufgrund der Corona-Pandemie musste die Jugendpolitische Praxiswoche 2020 leider ausfallen und kann auch in diesem Jahr nicht stattfinden. Die aktuellen Gegebenheiten lassen es nicht zu, die für März bereits geplante Veranstaltung durchzuführen. Eine Verschiebung in den Herbst ist aufgrund der anstehenden Bundestagswahlen dieses Jahr auch nicht möglich. Die nächste JPPW wird deshalb erst wieder 2022 stattfinden.



Stellungnahmen

Erklärung des Kolpingwerkes Deutschland

Verantwortung und Solidarität statt Egoismus und Spaltung

Unsere gesamte Gesellschaft befindet sich nun bereits seit mehreren Wochen in einem Zustand, der für uns alle mit großen Veränderungen einhergeht. Familien, Vereine und Verbände, aber auch Unternehmen sowie Kirchen und Religionsgemeinschaften mussten unmittelbar nach Bekanntwerden der geltenden Kontaktbeschränkungen ihre gewohnten Abläufe und Routinen verändern und sich einer neuen Realität stellen.

Nach wie vor nehmen wir wahr, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung solidarisch und respektvoll an die Kontaktverbote und Hygienebestimmungen hält. Sie übernehmen Verantwortung für ihre Mitmenschen, schützen sich selbst und vor allem diejenigen, die bedingt durch Vorerkrankungen einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt sind.

Dass die politischen Entscheidungen der vergangenen Wochen kritisch begleitet wurden und weiterhin kritisch hinterfragt werden, ist gut. Eine solche Debatte zwischen Regierung und Opposition sowie zwischen Bürgerinnen und Bürgern ist wünschenswert und Kennzeichen einer lebendigen Demokratie. Sie fußt auf den unteilbaren Grundrechten und damit auch auf dem Recht der freien Meinungsäußerung.

Mit Sorge betrachtet der Bundesvorstand allerdings die Zunahme von Falschmeldungen und Verschwörungsmythen, durch die Teile der Bevölkerung und ihre berechtigten Anliegen instrumentalisiert und Aggressionen geschürt werden.

Wer Abstandsgebote missachtet, Aggression und teilweise Gewalt schürt und dafür die Sorge um die Wahrung der Grundrechte als Deckmantel nutzt, agiert zutiefst unsolidarisch! Jene Personen offenbaren mit ihren Taten einen Egoismus, der die Gesundheit anderer in Gefahr bringt.

Der Bundesvorstand des Kolpingwerkes Deutschland verurteilt Äußerungen und Verhaltensweisen derjenigen in Gesellschaft und Kirche auf das Schärfste, die ohne Bezugnahme auf wissenschaftlich gesicherte Fakten die derzeitigen Verunsicherungen und Ängste der Bevölkerung dazu nutzen, ihre eigenen Ideologien zu verbreiten.

Beschlossen durch den Bundesvorstand am 28. Mai 2020

Die Erklärung ist abrufbar unter
https://www.kolping.de/presse-medien/news/erklaerungen/pressemitteilung-details/news/verantwortung-und-solidaritaet-statt-egoismus-und-spaltung/

Zeitenwende – Reflexionen des Kolpingwerkes Deutschland zu den gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie

Das Kolpingwerk Deutschland sieht die Corona-Pandemie als epochalen Einschnitt und fordert ein Umdenken in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft.

Die Corona-Pandemie stellt einen epochalen Einschnitt dar, der globale, europäische und nationale Herausforderungen mit sich bringt. Daher bedarf es eines tiefgreifenden Umdenkens und mutigen Handelns, um eine Zeitenwende herbeizuführen.

Die Pandemie ist die Gelegenheit, bisherige Wirtschaftspolitik kritisch zu überdenken und neue Ziele zu setzen, um Deutschland und Europa handlungsfähig und krisenfester aufzustellen. Hierzu müssen gewaltige Initiativen ergriffen und Anstrengungen unternommen werden – nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch auf europäischer und internationaler Ebene. Dazu gehört der Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit genauso wie ein dauerhafter Krisenmechanismus auf europäischer Ebene.

Neben dem vorrangigen Ziel der vergangenen Monate – der Sicherung der allgemeinen Gesundheit – sieht sich die Gesellschaft zunehmend mit den gravierenden Folgen eines wochenlangen Lockdowns konfrontiert. Dies hat wiederum Auswirkungen auf den deutschen Wohlfahrtsstaat. Kurzfristig greifende Instrumente wie das Kurzarbeitergeld und Überbrückungskredite für Betriebe und Unternehmen bieten vorübergehend ein Sicherheitsnetz und schützen damit vor einem tiefen Fall in finanzielle Not. Langfristig wird allerdings nur die Rückkehr zu völliger wirtschaftlicher Aktivität das Wohlstandniveau sichern können.

Eine Debatte über das bestehende Wirtschaftssystem muss auch die Förderpraxis von Nationalstaaten und der Europäischen Union in den Blick nehmen. Primäre Kategorien müssen Nachhaltigkeit, Natur- und Klimaschutz genauso sein wie die Orientierung an einer sozialeren und gerechteren Gesellschaft. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass vor dem Hintergrund der aktuell entstandenen Schuldenlast nicht überproportional auf bereits bestehende Vorhaben in der Sozialpolitik, wie die Einführung einer Grundrente, und Nachhaltigkeitspolitik verzichtet wird.

Bei der Förderung müssen klein- und mittelständische Betriebe und Unternehmen im Mittelpunkt stehen, die in der gegenwärtigen Krise oftmals in ihrer Existenz bedroht sind. Dies trifft auch auf gemeinnützige Unternehmen und Organisationen aus dem Bereich der Sozialwirtschaft zu. Diese sind stark an gesellschaftlichen, kulturellen oder karitativen Belangen orientiert und bilden damit einen wesentlichen Bestandteil unserer sozialen Marktwirtschaft.

Die Pandemie zeigt: Auch unser engagiertes Handeln als Christinnen und Christen ist gefragt. Wir sind alle voneinander abhängig. Niemand kann sicher leben, ohne die Bedürfnisse und Interessen der Anderen zu achten. Ungerechtigkeit und Verelendung, Armut und Hunger – wo auch immer weltweit – dürfen uns nicht gleichgültig sein.

Beschlossen durch den Bundesvorstand am 28. August 2020

Die Erklärung ist in voller Länge abrufbar unter
https://www.kolping.de/presse-medien/news/news-archiv/news-details/news/zeitenwende-1/

Erklärung der Kolpingjugend

Lasst die Pandemie keine Narben bei der Jugend bilden!

Die Corona-Pandemie stellt die junge Generation vor außergewöhnliche Herausforderungen. Für sie bedeutet die Krise eine Einschränkung ihrer Lebenschancen, weil die Konsequenzen ein Leben lang wirken. Die Bundeskonferenz der Kolpingjugend hat deshalb bei ihrer letzten Bundeskonferenz im September 2020 das Forderungspapier „Die Auswirkungen der Corona Pandemie auf junge Menschen – Forderungen der Kolpingjugend“ beschlossen.

Die Kolpingjugend fordert darin die Verantwortlichen in der Politik und im (Aus-)-Bildungswesen auf, die langfristigen Folgen der Pandemie stärker in den Blick zu nehmen, damit die Pandemie keine Narben bei der Jugend bildet. Es müssen jetzt auf die jeweiligen Personengruppen zugeschnittene Lösungen auf den Weg gebracht werden, damit aus dieser Krise keine benachteiligte Generation hervorgeht.

Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studierende und junge Menschen in der Arbeitswelt sind alle auf besondere Weise betroffen. Die Kolpingjugend appelliert deshalb: Das Recht auf (Aus-)Bildung muss jederzeit gewahrt werden. Um dramatische Langzeitfolgen wie eine hohe Jugendarbeitslosigkeit oder eine bleibende Wohlstandslücke zu vermeiden, muss jetzt mehr für die junge Generation getan werden.

Die Corona-Krise darf nicht zu einer Krise für die Zukunft junger Menschen werden!

Beschlossen durch die Bundeskonferenz der Kolpingjugend am 27. September 2020

Die konkreten Forderungen könnt ihr hier im Beschluss nachlesen:
https://www.kolpingjugend.de/fileadmin/user_upload/kolpingjugend/Service/News/2020/Beschluss_BK_2020_2_6_Corona_und_Jugend.pdf

Kolping jugend

Anzeige



„Kolping ist mir heilig!“

Mit unserem Gebet und unserer Unterschrift bitten wir um die Heiligsprechung Adolph Kolpings.

Es braucht unsere Unterschrift

Mit einer Online-Petition rufen wir unsere Kolpingmitglieder weltweit zur Beteiligung auf. Die Kernaussage: Ich habe für seine Heiligsprechung gebetet und bitte Papst Franziskus um die Heiligsprechung Adolph Kolpings. Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Seligsprechung Adolph Kolpings wollen wir tausende Unterschriften an Papst Franziskus übergeben und so unserem Wunsch Ausdruck verleihen.

www.petition-kolping.com

Kolping is sacred to me! (Englisch)
Kolping es sagrado para mí! (Spanisch)
Kolping est sacré pour moi ! (Französisch)

Kolping

Kolpingwerk Deutschland

Veröffentlichungen des Kolpingwerkes Deutschland

Bücher und Broschüren

Adolph-Kolping-Schriften.
Kölner Ausgabe. 16 Bände, Köln: Kolping-Verlag (1975 – 2007)

Johann Gregor Breuer/Klaus Goebel (Hg.)
Was für Jahre! Lebenserinnerungen.
Dortmund: Dortmunder Gesellschaft für Schulgeschichte (1995)

Christian Feldmann
Adolph Kolping. Ein Leben der Solidarität.
Vollständig überarbeitete Neuausgabe, Freiburg: Herder (2008)

Martin Grünewald/Ulrich Vollmer
Worte Adolph Kolpings für den Alltag von heute
Köln: Kolping-Verlag (2017)

Martin Grünewald/Ulrich Vollmer
So sind wir – 27 Einblicke in Kolpingsfamilien vor Ort
Köln: Kolping-Verlag (2018)

Michael Hanke
Gelebtes Christentum – Gedanken Adolph Kolpings
Köln: Kolping-Verlag (1996)

Michael Hanke
Mitten in der Bewegung der Zeit.
Geschichte des Kolpingwerkes in Deutschland.
3. Bände, Köln: Kolping-Verlag (2000–2007)

Petra Heinicker
Kolpingsarbeit in der SBZ und DDR 1945 – 1990
Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen
Band 139. Paderborn: BRILL l Ferdinand Schöningh (2020)

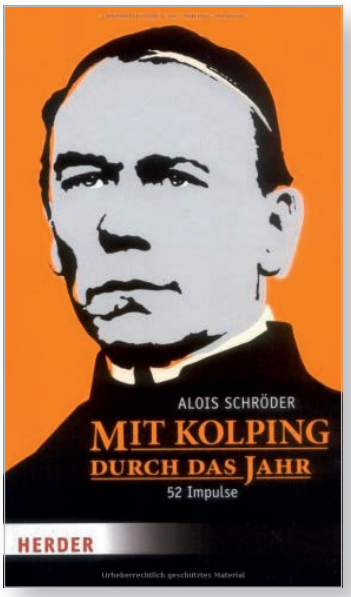
Josef Holtkotte/Ulrich Vollmer (Hg.)
Kolping. Eine Geschichte mit Zukunft.
Freiburg, u. a.: Herder (2013)

Josef Holtkotte/Ulrich Vollmer
Seine Worte werden durch unsere Taten sichtbar –
77 Zitate Adolph Kolpings
Köln: Kolping-Verlag (2019)

Josef Holtkotte
Du bist bei mir! –
Worte der Begleitung in Tagen der Krankheit.
Köln: Kolping-Verlag (2020)







Hans-Joachim Kracht
Adolph Kolping. Priester. Pädagoge.
Publizist im Dienst christlicher Sozialreform.
Freiburg, u. a.: Herder (1993)

Franz Lüttgen
Johann Gregor Breuer und Adolph Kolping.
Studien zur Frühgeschichte des Katholischen Gesellenvereins.
Paderborn: Bonifatius (1997)

Franz Lüttgen
Kolping auf den deutschen Katholikentagen
Diözesan- und Dombibliothek Köln (2004)

Klaus Nees/Bertrand Otto
Wer Mut zeigt, macht Mut –
Adolph Kolpings Tagebuch 1813 – 1865
Köln: Kolping-Verlag (1997)

Heinz-Albert Raem
Katholischer Gesellenverein und Deutsche Kolpingsfamilie in der Ära des Nationalsozialismus
Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte.
Reihe B Forschungen Band 35.
Mainz: Matthias-Grünewald-Verlag (1982)



Sebastian Georg Schaeffer
Adolph Kolping, der Gesellenvater. Ein Lebensbild.
Münster: Nasse (1880)

Michael Schmolke
Adolph Kolping als Publizist. Ein Beitrag zur Publizistik und zur Verbandsgeschichte des deutschen Katholizismus im 19. Jahrhundert.
Münster: Regensberg (1966)

Alois Schröder
Mit Kolping durch das Jahr – 52 Impulse
Freiburg, u. a.: Herder (2012)

Alois Schröder u.a.
Adolph Kolping – Ein Mensch, der begeistert
Köln: Kolping Verlag (2019)

Alois Schröder u.a.
Herzlich willkommen bei Kolping
Köln: Kolping-Verlag (2018)

Alois Schröder u.a.
Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum bei Kolping
Köln: Kolping-Verlag (2016)

Ulrich Vollmer/Georg Wahl (Hg.): Thomas Dörflinger
„nicht nur in Kirche und Betkammern“
Kolpings Auftrag geht weiter!
Köln: Kolping-Verlag (2020)

Kolping – verantwortlich leben, solidarisch handeln
Leitbild des Kolpingwerkes Deutschland, Köln (2000)

Die angegebenen Bücher können teilweise über den Kolpingshop bezogen werden unter *www.kolping-shop.eu/*

sowie per Mail über *shop@kolping.de*

Handreichungen und Dokumentationen

Kolping im Handwerk
Leitfaden für ein ehrenamtliches Engagement (2018)

Weggemeinschaft der Generationen
Impulse für eine generationsübergreifende Zielgruppenarbeit (2018)

Solidargemeinschaft Kolpingsfamilie
Impulse für ein solidarisches Handeln vor Ort (2018)

Europa braucht eine Stimme!
Handreichung zur Europawahl (2019)

Die AfD ist keine Alternative!
Handreichung zu Programm und Praxis der AfD (2019)

Den Synodalen Weg als Chance nutzen
Handreichung zum Synodalen Weg (2020)

Lebendig und stark! KOLPING – ein Netz, das trägt.
Handreichung in Zeiten der Corona-Pandemie (2020)

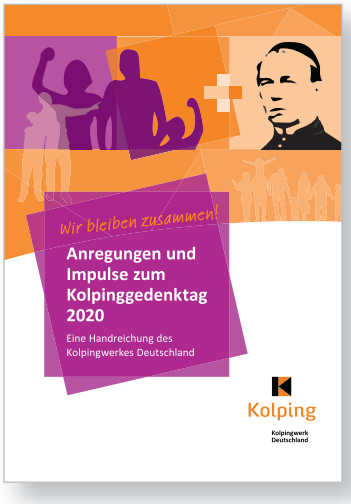
Schenkt der Welt ein menschliches Gesicht! Adolph Kolping – ein Mensch der Weltkirche
Handreichung aus Anlass seiner Seligsprechung vor 30 Jahren (2020)

Wir bleiben zusammen! – Anregungen und Impulse zum Kolpinggedenktag 2020
Handreichung des Kolpingwerkes Deutschland (2020)









Alle Handreichungen, Dokumentationen und Broschüren stehen online zum Download zur Verfügung und sind zugleich teilweise als Druckausgaben im Bundessekretariat erhältlich.

www.kolping.de/service-shop/downloads/publikationen/

Kolping Upgrade … unser Weg in die Zukunft
Handreichung für einen Diskussionsabend zum Zukunftsprozess (2017)

Kolping Upgrade … unser Weg in die Zukunft
Dokumentation der bundesweiten Mitgliederumfrage (2017)

Kolping Upgrade … unser Weg in die Zukunft
Dokumentation der Regionalforen (2018)

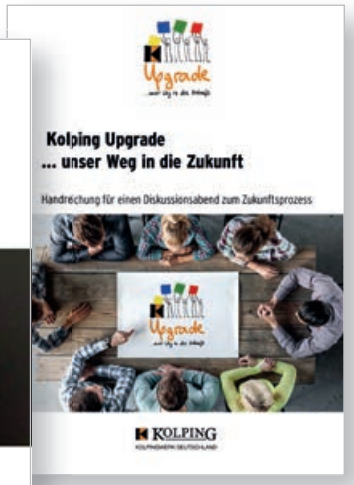
Kolping Upgrade … unser Weg in die Zukunft
Dokumentation des bundesweiten Zukunftsforums (2019)

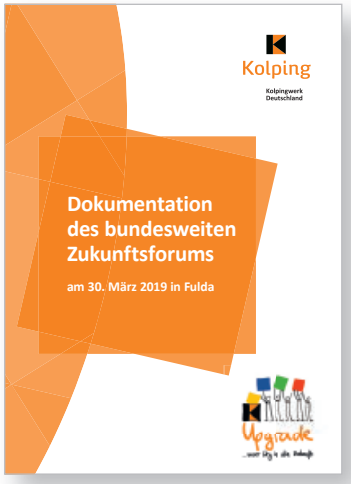
Kolping Upgrade … unser Weg in die Zukunft
Auf dem Weg zu Positionierungen
Handreichung des Kolpingwerkes Deutschland (2019)

Kolping-Corporate-Design
Gestaltungsrichtlinien für das Kolpingwerk Deutschland sowie für die verbandlichen Rechtsträger, Einrichtungen und Unternehmen (2019)









Kölner Schriften des Kolpingwerkes Deutschland

Arbeit neu begreifen – Sozialpolitisches Grundlagenpapier des Kolpingwerkes Deutschland
Band 1 (2008)

Kölner Gespräche 2006 – Prof. Dr. Norbert Lammert
Verfassungspatriotismus und Leitkultur
Band 2 (2006)

Kölner Gespräche 2007 – Prälat Norbert Feldhoff
Die Kirche und das liebe Geld
Band 3 (2008)

Ehe, Familie, Lebenswege – Herausforderungen für das Kolpingwerk Deutschland
Band 4 (2010)

Das Herz zum Pfande eingesetzt – Festakademie aus Anlass des 80. Geburtstages von von Generalpräses a. D. Prälat Heinrich Festing am 4. Dezember 2010 in Köln
Band 5 (2011)

Bildung – Grundlagenpapier des Kolpingwerkes Deutschland
Band 6 (2012)

Die Einrichtungen und Unternehmen im Kolpingwerk Deutschland – Grundlagenpapier
Band 7 (2012)

Kölner Gespräche 2011 – Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte
Wählen und Regieren in Zeiten der Krise
Band 8 (2012)

Kölner Gespräche 2013 – Bundespräsident a. D. Joachim Gauck
Kolping – eine Geschichte mit Zukunft – Festakt zum 200. Geburtstag von Adolph Kolping
Band 9 (2013)

Ausstellung zum Kolpingtag 2015 in Köln
Mut tut gut – „Kolping – verantwortlich leben, solidarisch handeln – Das Kolpingwerk Deutschland“
Band 10 (2015)

Ausstellung zum Kolpingtag 2015 in Köln
Mut tut gut – „Wer Menschen gewinnen will, muss sein Herz zum Pfande einsetzen – Adolph Kolping und seine Nachfolger“
Band 11 (2016)



Ausstellung zum Kolpingtag 2015 in Köln
Mut tut gut – „Die Zukunft gehört Gott und den Mutigen – Adolph Kolping 1813–1865“
Band 12 (2016)

Kölner Gespräche 2015 – Erzbischof Dr. Ludwig Schick
Auf dem Glauben ruht das Leben – Warum Adolph Kolping ein glühender Verfechter des Zweiten Vatikanischen Konzils wäre
Band 13 (2016)

Kölner Gespräche 2016 – Dr. Hubertus Schönemann
Jugend ohne Kirche – Kirche ohne Jugend
Band 14 (2017)

50 Jahre Frauen und Männer im Kolpingwerk – Dokumentation der Veranstaltung „Denk-mal“ am 3. Oktober 2016 in Frankfurt
Band 15 (2017)

Kölner Gespräche 2017 – Prof. Dr. Thomas Sternberg
Hoffnungszeichen – Impulse für ein gemeinsames christliches Engagement in der Gesellschaft
Band 16 (2017)

Kölner Gespräche 2018 – Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier
„Deutschland – Einwanderungsland? – Welche rechtlichen Rahmenbedingungen braucht Zuwanderung in Deutschland?“
Band 17 (2018)

„Kompetenzen erkennen und anerkennen“ – Dokumentation der Fachtagung des Kolpingwerkes Deutschland am 15. September 2016 in Frankfurt
Band 18 (2018)

Abschlussbericht zum Modellprojekt – „Wie müssen die Bereiche Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit zusammenarbeiten, um rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen zurückdrängen zu können?"
Band 19 (2020)

„Zeitenwende“ – Reflexionen des Kolpingwerkes Deutschland zu den gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie, Beschluss des Bundesvorstandes 2020
Sonderausgabe (2020)

Alle „Kölner Schriften“ stehen online zum Download zur Verfügung und sind zugleich teilweise als Druckausgaben im Bundessekretariat erhältlich.

www.kolping.de/service-shop/downloads/publikationen/

Das alles ist Kolping



Das Kolpingwerk Deutschland

Das Kolpingwerk Deutschland ist ein generationsübergreifender und katholischer Sozialverband mit bundesweit 225.000 Mitgliedern in 2.350 Kolpingsfamilien. Davon gehören etwa 35.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene der Kolpingjugend an. Es ist Teil von KOLPING INTERNATIONAL und von KOLPING EUROPA.

Im Sinne Adolph Kolpings will der Verband Bewusstsein für verantwortliches Leben und solidarisches Handeln fördern. Dabei versteht sich das Kolpingwerk als Weg, Glaubens, Bildungs und Aktionsgemeinschaft. Schwerpunkte des Handelns sind die Arbeit mit jungen Menschen und für junge Menschen, unser Engagement in der Berufs und Arbeitswelt, der Einsatz für Familien sowie für die Eine Welt.

Verband der Kolpinghäuser

Im Verband der Kolpinghäuser haben sich bundesweit mehr als 130 Kolpinghäuser zusammengeschlossen. Die Zielsetzung, die Adolph Kolping mit der Errichtung der katholischen Gesellenhäuser verband, ist auch heute Ermutigung und Herausforderung zugleich. Kolpinghäuser stehen heute – orientiert am Leitbild des Kolpingwerkes Deutschland – als Jugendwohnheime und Familienferienstätten, Hotels und Gästehäuser, Vereins und Tagungshäuser, als Bildungs und Begegnungszentren sowie als Veranstaltungszentren im Dienst an den Menschen; es gibt eine wertschätzende Atmosphäre.

Kolpinghäuser werden von den Kolpingsfamilien sowie von kirchlichen und gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen genutzt. Vielfach gibt es personelle Verknüpfungen zwischen der Kolpingsfamilie vor Ort und dem Trägerverein des Kolpinghauses. Vorstand, Verwaltungsrat und Mitglieder im Verband der Kolpinghäuser verstehen sich als Teil einer Solidaritäts- und Qualitätsgemeinschaft. Mit seiner Geschäftsstelle in Köln ist der Verband der Kolpinghäuser als Dienstleister in diesem Sinne tätig.

Verband der Kolping-Bildungsunternehmen

Der Verband der Kolping-Bildungsunternehmen ist ein freiwilliger Zusammenschluss von 20 regional selbstständigen Kolping-Bildungsunternehmen sowie dem Kolpingwerk Deutschland. Er repräsentiert ca. 7.200 hauptberufliche Mitarbeitende, die hauptsächlich in den Bereichen Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung tätig sind. Jährlich werden die werteorientierten Angebote – Kurse und Lehrgänge – von über 130.000 Teilnehmenden wahrgenommen.

Die bei den Mitarbeitenden in den verschiedenen Regionen der Bundesrepublik vorhandenen Kompetenzen werden genutzt, um lösungsorientierte und zeitgemäße Angebote anzubieten. Durch kundenorientierte Dienstleistungen am Menschen und an der Gesellschaft leisten die KolpingBildungsunternehmen – ganz im Sinne Adolph Kolpings und orientiert am Leitbild des Kolpingwerkes Deutschland – zugleich einen inhaltlichen Beitrag, um notwendige Entwicklung in unserer Gesellschaft voranzutreiben.

Kolping in 12 Sätzen

- Wir laden ein und machen Mut zur Gemeinschaft.
- Wir handeln im Auftrag Jesu Christi.
- Wir nehmen uns Adolph Kolping zum Vorbild.
- Wir sind in der Kirche zu Hause.
- Wir sind eine generationenübergreifende familienhafte Gemeinschaft.
- Wir prägen als katholischer Sozialverband die Gesellschaft mit.
- Wir begleiten Menschen in ihrer persönlichen und beruflichen Bildung.
- Wir eröffnen Perspektiven für junge Menschen.
- Wir vertreten ein christliches Arbeitsverständnis.
- Wir verstehen uns als Anwalt für Familie.
- Wir spannen ein weltweites Netz der Partnerschaft.
- Wir leben verantwortlich und handeln solidarisch.







© slomigrafik.de

Notizen

Impressum

Kolpingwerk Deutschland

St.-Apern-Straße 32 | 50667 Köln
T +49 221 20701-0 | F +49 221 20701-149
info@kolping.de | www.kolping.de

Verantwortlich: Ulrich Vollmer, Bundessekretär

Redaktion: Alexander Suchomsky, Referent Arbeitswelt und Soziales; Claudia Ruckes-Herrlich, Sekretariat der Verbandsleitung

Inhaltliche Ausarbeitung: Larissa Florysiak, Dr. Michael Hermes, Lukas Landen, Desirée Rudolf, Dr. Torben Schön, Alexander Suchomsky, Judith Valceschini

Gestaltung: EYE AD, Stefan Niess
www.eye-ad.de

Bildnachweis: Kolpingwerk Deutschland
Pixabay, Adobe Stock

Titelbild: Steffen Wahl, Pixabay

Aufgrund der Vielzahl der Bilder haben wir – bis auf wenige Ausnahmen – auf die persönliche Nennung der Urheber verzichtet. Wir bitten um Verständnis und bedanken uns an dieser Stelle ganz herzlich.

Auflage: 3.500 Exemplare

Köln, März 2021

Die Handreichung wurde klimaneutral gedruckt.

Jede Stimme zählt!

WAHLWEISE ’21

St.-Apern-Straße 32
50667 Köln
T +49 221 20701-0
F +49 221 20701-149
info@kolping.de

www.kolping.de



„Wir sind KOLPING“

Kolping

Kolpingwerk
Deutschland